

Das erste Jahrzehnt der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung

1. Die Bedeutung politischer Bildung im neuen Land Brandenburg

1.1 Notwendigkeit politischer Bildung in den neuen Ländern

Die politische Bildung als Teil des öffentlichen Bildungsauftrages hat die Aufgabe, objektive Informationen über Faktoren und Funktionszusammenhänge politischer Prozesse und die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu vermitteln. Sie soll die Fähigkeit und die Bereitschaft ausbilden, verantwortlich und selbstbestimmt am demokratischen Gemeinwesen mitzuwirken und durch aktive Teilnahme die freiheitliche Ordnung mitzutragen. Politische Bildung zeigt die den einzelnen Sachverhalten innewohnenden Kontroversen und verschiedenen Perspektiven auf, schließt Indoktrinationen und vorgegebene Meinungen aus und will zu selbständigen Urteilsfindungen befähigen. Die demokratischen Werte stehen jedoch niemals zur Disposition. Mit dieser konzeptionellen Grundausrichtung haben die Zentralen für politische Bildung im außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbereich eine Schlüsselfunktion. Die tradierten Inhalte politischer Bildung, die sich über Jahrzehnte in der Bundesrepublik herausgebildet und bewährt hatten, prägten auch die Funktionen der Landeszentralen in den neuen Ländern. Das Gedankengut politischer Bildung erhielt aber hier ein größeres Gewicht, weil es durch bloß verbalen Gebrauch und ideologische Instrumentalisierung häufig eine Sinnentstellung erfahren hatte. Darüber hinaus wurde das Aufgabenspektrum der politischen Bildung im Osten durch die spezifische politische Situation ergänzt.

Nach dem Ende weltanschaulicher Indoktrination bestand in den neuen Ländern ein erhebliches staatlich getragenes Interesse daran, rasch die Aufmerksamkeiten der Bürger auf politische Sachverhalte zu lenken, politische Kenntnisse, Einsichten und Urteilsvermögen zu wecken bzw. zu erweitern. Zugleich bestand nach den politischen Veränderungen im Osten ein erheblicher Informationsbedarf über die Funktionsmechanismen der neuen Ordnung. Die politische Bildung musste sich deshalb der Aufgabe stellen, Kenntnisse über die komplizierten modernen politischen Prozesse und ihre Normen, über die rechtsstaatlichen Institutionen und die weitgehend unbekannt Strukturen der vertikalen und horizontalen Gewaltenteilung als Voraussetzung für den Umgang mit ihnen zu vermitteln sowie das Wechselverhältnis zwischen Freiheit und Verantwortung, zwischen legitimer Herrschaft und demokratischer Teilhabe zu verdeutlichen. Zugleich hatte die politische Bildung in den neuen Ländern auch dem durchaus vorhandenen politischen Desinteresse entgegenzuwirken und die Bereitschaft und den Mut für aktives eigenverantwortliches Handeln und für Beteiligung an einer pluralistischen Streitkultur mit Meinungsvielfalt und Achtung vor anderen Ansichten und an demokratischen Entscheidungsprozessen zu wecken und zu fördern sowie die dem mündigen Bürger verfügbaren Möglichkeiten deutlich zu machen, sich zu engagieren und politische Verantwortung zu übernehmen. Dies setzte die Kenntnis und Akzeptanz der Regelungsabläufe, aber auch die Schwierigkeiten politischen Handeln in demokratischen Abstimmungs- und Entscheidungsabläufen voraus.

Unter den Bedingungen des abrupten Übergangs von Diktatur zur Demokratie, von zentralistischer Plan- zu sozialer Marktwirtschaft mit all seinen Problemen für die Betroffenen war dies eine gleichermaßen komplexe wie komplizierte Aufgabe. Zumindest in der unmittelbaren Umbruchphase galt es auch, dem verbreiteten Misstrauen gegenüber Politik und auch politischer Bildung zu begegnen. Wurde doch politische Bildung unter dem Eindruck von jahrzehntelanger Erfahrung zumindest anfänglich mit Indoktrination

gleichgesetzt. Nach dem Erleben des Schulfachs „Staatsbürgerkunde“, von „Parteilehrjahren“ oder gewerkschaftlichen „Schulen der sozialistischen Arbeit“ mit abverlangtem „Klassenstandpunkt“ neigten viele zu politischer Neutralität, zu Skepsis oder Hinwendung zu materiellen Werten. Politische Bildung musste deshalb stets durch ihr Handeln für jedermann sichtbar machen, dass sie nicht als Sprachrohr der jeweiligen Landesregierung agierte.

Bei der Bewältigung ihrer Aufgaben hatte die politische Bildung in den neuen Ländern zu berücksichtigen, dass die Systemtransformation für viele Menschen mit Schwierigkeiten verbunden waren, die sie in einem solchem Umfang nicht erwartet hatten. Die Problemtiefe hatte einen materiellen Aspekt, in Brandenburg insbesondere in der Peripherie des Landes, wo jeder vierte Erwerbfähige von Arbeitslosigkeit betroffen war. Demokratieerdruss war auch entstanden, weil sich Ostdeutsche infolge der komplizierten Abläufe der Transformation und der Auflösung sozialer Milieubindungen unerwartet in einer Minderheitensituation mit ungelöster Identitätsbindung und Unterschätzung ihrer individuellen Lebensleistung sahen. Bei der Suche nach einem neuen Grundwertekonsens entstand nicht selten eine Idealisierung der DDR-Sozialisation, die zugleich die generelle Atmosphäre des Misstrauens gegenüber der Politik weiterwirken ließ, nicht zuletzt, weil sich unter den neuen Verhältnissen Wahlversprechen nicht zwangsläufig in politischen Entscheidungen wiederfanden. All dies verstärkte ambivalente Haltungen gegenüber demokratischen Werten, vertiefte transformationsüberdauernde Vorbehalte gegenüber der Politik und förderte Gewaltakzeptanz, besonders unter Jugendlichen.

Die Gesamtheit dieser Problemfelder erschwerte politische Bildung in den neuen Ländern und forderte ihre Akteure zugleich heraus. Sie bestimmte Inhalte und Wirkungsschwerpunkte der politischen Bildung in Brandenburg. Es galt nun, Methoden und Strukturen zu entwickeln, die der Situation im größten unter den neuen Ländern entsprachen.

1.2 Impulse für die politische Bildung im vereinten Deutschland

Die Landeszentralen im Osten Deutschlands Ländern konnten auf den Erfahrungen der politischen Bildung in den alten Ländern aufbauen. Sie empfingen wertvolle Anregungen für die Inhalte ihrer Arbeit, für ihren überparteilichen Status und für die methodische Vielfalt ihrer Aktivitäten. Doch gaben sie auch ihrerseits der politischen Bildung im vereinten Deutschland neue inhaltliche Impulse vor allem in dreierlei Hinsicht.

Erstens: Die tief greifenden politischen Veränderungen in den letzten Monaten der DDR waren Höhepunkte der deutschen Demokratiegeschichte. Mit machtvollen Aktionen wie der Besetzung der Stasizentralen hatten die Menschen unmittelbare politische Macht ausgeübt und diese in neuen demokratischen Formen wie den Runden Tisch etabliert. Diese Methoden des unmittelbaren Vollzugs von politischem Willens und das Gedankengut der Bürgerbewegung bereicherten die Demokratieentwicklung und fanden auch in den Inhalten der politischen Bildung ihren Niederschlag. Direkte Demokratie wurde verstärkt in den Publikationen und anderen Bildungsangeboten aller Zentralen für politische Bildung thematisiert. So behandelte die dritte von den Zentralen politischer Bildung gemeinsam erarbeitete Publikation das Thema „Direkte Demokratie in den deutschen Ländern“. Ferner wurden diese Fragen in den Schriften jener Zentralen vermehrt behandelt, deren Landesverfassungen direkt-demokratische Elemente neu ausgestalteten.

Zweitens: Neue Gesichtspunkte gingen auch in das von den Zentralen der alten Länder angebotene historische Schriftgut ein. Dieses hatte zwar – im Unterschied zu anderen Publikationen – die deutsche Geschichte in ihrer ganzen Komplexität behandelt, z. B. in den

Schriften von Christoph Kleßmann (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam). Dennoch erfuhren neue Aspekte seit 1990 eine signifikante Intensivierung. Facetten des Alltagslebens unter den Bedingungen der SED-Diktatur wurden deutlich, die vor allem den Menschen in den alten Ländern so konkret nicht bewusst waren. Eine Vielzahl ostdeutscher Autoren, darunter auch Brandenburger, präsentierten Themen im Schriftenangebot aller Bildungszentralen, die zeigten, wie Alltags- mit Diktatur- und Widerstandsgeschichte eng verflochten war. Exemplarisch für viele andere stehen Stefan Wolles „Heile Welt der Diktatur“ oder Erhard Neuberts „Geschichte der Opposition in der DDR“.

Drittens: Nicht nur die Entwicklung in Deutschland, auch die Demokratisierung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks bereicherte seit 1990 die inhaltliche Palette der politischen Bildung. Der Demokratisierungsprozess in den meisten dieser Staaten war verbunden in deren Einbindung in die fortschreitende europäische Integration. In dem Maß, in dem die beiden Entwicklungsprozesse ineinander übergingen, entstand ein wachsendes Bedürfnis nach Informationen über diese Länder, über die vor allem in den alten Bundesländern ein Kenntnisdefizit herrschte, umso mehr als mit dem Zerfall der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei viele neue Länder auf der Landkarte auftauchten. Alle Zentralen für politische Bildung machten deshalb osteuropäische Themen zu einem wichtigen Bestandteil ihres Publikations- und Veranstaltungsangebots. Ein Schwerpunkt in diesem thematischen Komplex wurden die widerspruchsvollen deutsch-polnischen Beziehungen und die Suche nach Wegen zu einer guten Nachbarschaft im Rahmen der europäischen Integration. Die Materie betraf – geografisch und historisch bedingt - insbesondere Brandenburg, das dank seiner Beziehungen zu polnischen Partnern vielerlei Erfahrungen in den Umgang mit dem Thema einbringen konnte. So war es z. B. wohlbegründet, dass die Bundeszentrale ihre hochrangige internationale Konferenz „Westverschiebung Polens – Komplex der Vertreibung – Heimat in Europa“ im April 1998 im Brandenburger Ort Wandlitz abhielt.

2. Die Errichtung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung

2.1 Die Anfänge

Erste Initiativen für die Institutionalisierung politischer Bildung gab es bereits während der Vorbereitung des Einigungsvertrages. Am 9. Juli 1990 wandte sich der Bildungsminister der DDR Hans-Joachim Meyer an den Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble mit der Anregung, noch vor der Konstituierung der neuen Länder die Gründung von Landeszentralen für politische Bildung nach dem Muster der alten Länder vorzubereiten. Er regte die Benennung von Beratern an. Bei einem Vorgespräch hätten „leitende Herren“ der Bundeszentrale Bereitschaft dazu angedeutet. Wenngleich Schäuble daraufhin im August 1990 zwei Mitarbeiter seines Ministeriums als Ansprechpartner benannte, kamen diese Gespräche nicht mehr zustande, weil inzwischen die deutsche Einheit vollzogen war.

Schon wenige Wochen nach der Bildung des neuen Landes Brandenburg existierte bei der Staatskanzlei als Provisorium ein Referat Politische Bildung unter dem Referatsleiter Friedrich Bode. Zugleich wurde in der Bundeszentrale für politische Bildung eine Konzeption für die Errichtung von Landeszentralen für politische Bildung in den neuen Ländern erarbeitet. Der Aufbau der Landeszentrale für politische Bildung begann im Februar 1991, im März 1991 wurde ein Referat als Aufbaustab formell gebildet.

Mit dem Aufbau der Landeszentrale wurde auf Vorschlag von Ministerpräsident Manfred Stolpe der Bürgerrechtler Hans-Jürgen Misselwitz beauftragt. Dr. Misselwitz ist Biochemiker. Nach Verlust seiner Anstellung an der Humboldt-Universität nahm er ein Theologiestudium

auf. Schon früh engagierte er sich in der Bürgerrechtsbewegung. 1981 gründete er mit seiner Frau Ruth und anderen den Friedenskreis Pankow.

Unter der Leitung von Hans Misselwitz blieb neben der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes das Gedankengut der Bürgerrechtsbewegung ein wichtiger konzeptioneller Faktor für die Arbeit der Landeszentrale. Auch insofern war politische Bildung in Brandenburg kein bloßes Kopieren der Landeszentralen in den alten Bundesländern, sondern behielt eine an den Bedingungen des eigenen Landes orientierte Spezifik.

Das als Aufbaustab fungierende Referat nahm bereits vor der offiziellen Gründung der Landeszentrale – gemäß § 12 LOG am 1. Juli 1992 – Aufgaben der politischen Bildung wahr. Es förderte gesellschaftliche Träger der politischen Bildung und deren Maßnahmen, führte Veranstaltungen durch und beriet Multiplikatoren. Dafür war es mit beträchtlichen Haushaltsmitteln ausgestattet. Im zweiten Halbjahr 1991 wies der Landeshaushalt für sächliche Verwaltungsaufgaben der Landeszentrale 1,09 Mill. DM und an Zuschussmitteln für die Arbeit politischer Stiftungen und freier Träger 4,5 Millionen DM aus. Bei dieser üppigen Ausstattung blieb es auch 1992. Pro Kopf der Bevölkerung standen in Brandenburg für politische Bildung mit 2,60 DM im Bundesvergleich die mit Abstand meisten Mittel zur Verfügung, gefolgt von der Bundeszentrale mit 0,92 DM und Berlin mit 0,82 DM, unter den neuen Ländern von Sachsen mit 0,34 DM. Trotz Kürzungen nahm Brandenburg mit 2,12 DM pro Kopf auch 1993 noch den Spitzenplatz ein. Allerdings relativiert sich der Vergleich, weil in der Ausbauphase der Landeszentrale und der Trägerlandschaft zwischen den geplanten und den realen Ausgaben eine beträchtliche Diskrepanz bestand. So wurden 1991 statt der angesetzten Gesamtmittel von 5,51 Mill. lediglich 3,23 Mill. DM ausgegeben. Außerdem waren in anderen Ländern die Fördermodalitäten anders geregelt, so dass z. B. in Sachsen sämtliche Mittel der Landeszentrale für deren Sacharbeit verwendet wurden. Dies waren im Jahr 1993 1,86 Mill. DM, während in Brandenburg im selben Jahr nur 0,95 Mill. DM in Sachausgaben flossen, in die Förderung hingegen 5,58 Mill. DM, davon allein in die parteinahen Stiftungen 2,82 Mill. DM und in die parteinahen kommunalpolitischen Stiftungen 1,38 Mill. DM.

Die Landeszentrale begann ihre Arbeit mit zwei Personen: dem Leiter und einer Mitarbeiterin des gehobenen Dienstes. Vorübergehend wurde die Personalkapazität durch die Abordnung von zwei Bundesbediensteten aufgestockt. Im Laufe des Jahres 1992 wurden weitere Mitarbeiter für die im Aufbau befindlichen Fachbereiche eingestellt.

2.2 Aufbauhilfe durch die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und die Bundeszentrale für politische Bildung

In der Phase des Aufbaus leistete die Landeszentrale für politische Bildung des Partnerlandes Nordrhein-Westfalen materielle und personelle Starthilfe. Sie basierte auf dem Abkommen über umfassende Zusammenarbeit zwischen den Landesregierungen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg vom 27. November 1990 und einer darauf basierenden Verwaltungsvereinbarung zwischen den beiden Landesregierungen vom Juli 1991, die auch die Kooperation in der politischen Bildung zum Inhalt hatte. Doch lange vor dieser Vereinbarung wurde die Zusammenarbeit zwischen der Düsseldorfer und der im Entstehen begriffenen Potsdamer Landeszentrale für politische Bildung umfassend praktiziert. Anhand der eigenen Erfahrungen übermittelten die Kollegen aus Düsseldorf bereits am 15. Januar 1991 Vorschläge, die für die Errichtung der Landeszentrale in Potsdam bedeutende Anregungen waren, jedoch nicht adäquat übernommen, sondern unter den Bedingungen Brandenburgs ausgestaltet wurden. Diese Empfehlungen betrafen sowohl grundsätzliche

Probleme der politischen Bildung wie Themenschwerpunkte oder Zielgruppen als auch konkrete Einzelfragen wie die Bildung von Fachbereichen, die organisatorische Zuordnung zur Staatskanzlei oder die Bildung eines Parlamentarischen Beirates.

Neben den Ratschlägen kam von der Zentrale des Partnerlandes auch konkrete Unterstützung. So wurden Seminare für bestimmte Brandenburger Zielgruppen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Etliche der im Aufbau begriffenen freien Träger erhielten aus Düsseldorf über die Brandenburger Landeszentrale eine finanzielle Starthilfe. Als der Fachbereich Publikationen der Landeszentrale noch im Aufbau begriffen war, stellte die Partnerzentrale den Brandenburger Schulen und Bibliotheken unentgeltlich eine Grundausrüstung an Literatur zur Verfügung. Doch nicht nur die Bildungsinstitutionen, sondern sämtliche Einwohner Brandenburgs wurden in dieser Übergangszeit wie „Landeskinder“ behandelt und konnten in Düsseldorfs kostenlose Literatur bestellen. Auch audiovisuelles Arbeitsmaterial war zu erhalten. Insbesondere unter Lehrern und anderen Fachleuten sprach sich dieses Angebot rasch herum und wurde gern angenommen.

Auch das Know-how aus Nordrhein-Westfalen konnte die Potsdamer Landeszentrale nutzen. So entstand die Broschüre „Eine Verfassung für unser Land“ für den Volksentscheid über die Landesverfassung 1992 in einer rasanten, kombinierten Aktion, da nur wenige Tage zur Verfügung standen.

Wichtig für den Aufbau der Landeszentrale war auch die personelle Hilfe. Kollegen aus Düsseldorf kamen in der Gründungsphase und auch später nach Potsdam und stellten ihre Erfahrungen zur Verfügung. Einige von ihnen gingen danach wieder zurück, andere fanden in Brandenburg eine dauerhafte neue Heimat. Die Zusammenarbeit zwischen den Kollegen aus Ost und West verlief in einem guten kollegialen Verhältnis, doch nicht immer frei von Kontroversen.

Die Zusammenarbeit zwischen Potsdam und Düsseldorf behielt Bestand, auch als sich die Brandenburger Landeszentrale etabliert hatte und erfolgreich arbeitete. Im Jahresturnus fanden Kooperationstreffen statt, die grundsätzliche Problemlagen der politischen Bildung berieten, Erfahrungen der Fachbereiche austauschten und weitere gemeinsame Maßnahmen verabredeten. Noch über viele Jahre führten die beiden Landeszentralen Kooperationsveranstaltungen durch.

Nicht nur von der Landeszentrale aus Nordrhein-Westfalen, auch von der *Bundeszentrale für politische Bildung* kam Hilfe. Schon Anfang 1990, also lange vor dem Vollzug der deutschen Einheit hatte sie eine Konzeption für die Bildung der Landeszentralen für politische Bildung im Osten erarbeitet. Später bot sie für Bildungsträger und Interessenten aus den neuen Ländern Seminare, Studienfahrten und andere Bildungsveranstaltungen an. Mit den „Informationen für politische Bildung“, beliebt als „schwarze Hefte“, und den Beilagen zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wurden die neuen Landeszentralen kostenlos in großen Stückzahlen beliefert. 1992 stellte die Bundeszentrale im Rahmen eines Sonderprogramms zur Förderung der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit Mittel für junge Träger in den neuen Ländern bereit. Dazu gehörten die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft, der Potsdamer Verein für Demokratie, politische und kulturelle Bildung und drei weitere Träger aus dem Land Brandenburg.

Sehr hilfreich waren auch die Publikationen und Filme, die das *Gesamtdeutsche Institut* aus seinen Beständen für Zwecke der politischen Bildung in großem Umfang bereitstellte. Sie gingen vor der Bildung der Landeszentralen direkt an die für die Lehrerfortbildung

zuständigen Kreisbehörden und bereicherten später die Publikationsbestände der Landeszentralen.

Förderlich für die Brandenburger Landeszentrale waren auch die Anregungen durch die enge Zusammenarbeit mit den Berliner Kollegen.

2.3 Aufbau der Fachbereiche

Die Vorschläge der Partnerzentrale aus Nordrhein-Westfalen für die Errichtung der Landeszentrale benannten auch einzelne Fachbereiche, die zum Kernbereich der Arbeit von Landeszentralen in den alten Ländern gehörten. Über die dort genannten Wirkungsschwerpunkte Veranstaltungen, Publikationen und Förderung politischer Bildung hinaus wurden in den Gründungsprozess der neuen Landeszentrale in Brandenburg von Anfang an auch die mannigfachen Möglichkeiten einbezogen, die kulturelle Medien für die Gestaltung der politischen Bildungsarbeit boten. Ausstellungen, Konzerte, Podiumsdiskussionen und andere Veranstaltungen mit Künstlern, Belletristik oder Filme sollten – neben den traditionellen Medien – bald das Erscheinungsbild der Potsdamer Landeszentrale prägen.

In der Entstehungsphase der Landeszentrale widmeten sich alle Mitarbeiter fachlich übergreifenden Aufgaben, so dass schon in der Frühzeit interessante Publikationen entstanden, eine fundierte Fördertätigkeit ausgeübt und Veranstaltungen „vor Ort“ durchgeführt werden konnten.

Erste Überlegungen des Leiters zur Fachbereichsstruktur vom August 1991 ließen bereits die spätere Organisation der Landeszentrale sichtbar werden:

Fachbereich 1: Organisatorische und koordinierende Angelegenheiten innerhalb der Landeszentrale, Öffentlichkeitsarbeit (einschließlich Haushaltsangelegenheiten, Zentrale Veranstaltungen, Ausstellungen)

Fachbereich 2: Förderung und Angelegenheiten der politischen Bildung bei Einrichtungen der Weiterbildung sowie Angelegenheiten der europapolitischen Bildungsarbeit

Fachbereich 3: Angelegenheiten der politischen Bildung mit Verbänden, Organisationen, besonderen Gruppen und Bereichen (Jugendbildung, Schulen, Bundeswehr u. a.)

Fachbereich 4: Kultur, Medien und Audiovisuelle Arbeitsmittel

Fachbereich 5: Publikationen

Mit wenigen Modifizierungen wurden die Fachbereiche mit diesen Schwerpunktsetzungen ausgebaut. Zugleich wurden Mitarbeiter mit speziellen fachlichen Kenntnissen für die im Entstehen begriffenen Fachbereiche gewonnen. Diese bildeten sich aus dem Arbeitsablauf heraus, so dass ein formeller Gründungsakt der Fachbereiche nicht erfolgte. Im Oktober 1992 war die personelle Ausstattung der Fachbereiche zu einem gewissen Abschluss gelangt. Dennoch gab es – vor allem in den Bereichen Förderung und Zielgruppenarbeit – weiterhin personelle Defizite, deren Ausgleich in den Folgejahren vom Leiter der Landeszentrale immer wieder erfolglos angemahnt wurde. Ein Vergleich mit Landeszentralen etwa gleich großer Länder verdeutlicht die Situation. So hatte die Landeszentrale von Sachsen-Anhalt 1994 18 Mitarbeiter, genau doppelt so viel wie die Landeszentrale in Brandenburg. Der geringe Personalbestand blieb ein Dauerproblem.

Die Fachbereichsstruktur wurde bis 1996 vervollkommenet. Einzelne Zuständigkeiten wechselten. Ein eigener Fachbereich war bereit seit 1993 für Grundsatzfragen der politischen Bildung sowie für Konferenzen und Kolloquien zuständig. Die neuen Medien, deren wachsendes Gewicht auch in der politischen Bildung zu jenem Zeitpunkt absehbar war,

wurden der Verantwortung eines Fachbereichsleiters zugewiesen. Es bestanden nunmehr die fünf Fachbereiche:

- Fachbereich 1: Grundsatzfragen der politischen Bildung
 - internationale und überregionale Zusammenarbeit
 - zentrale Veranstaltungen, Konferenzen, Kolloquien
- Fachbereich 2: Förderung von politischen Bildungsmaßnahmen
- Fachbereich 3: Seminare für Zielgruppen/Multiplikatoren
 - Landeshauptstadtseminare für kommunale Führungskräfte
 - Internationale/europäische Lehrerseminare
 - Entwicklung von Pilotprojekten der Politikvermittlung
 - Neue Medien/Informationstechnologien
 - Multiplikatoren für den ländlichen Raum
- Fachbereich 4: Werkstätten und Ausstellungen zu Politik und Kultur
 - Themenzentrierte Schulmodelltage der politisch-sozialen Bildung
 - Produktion und Aufkauf von audiovisuellen Medien
 - Interkulturelle Projekte
 - Öffentlichkeitsarbeit: Präsentation und Gestaltung politischer Bildungsangebote
- Fachbereich 5: Eigene Publikationen
 - Auswahl und Versand von politischer Literatur

Durch personelle Veränderungen war 1999 die Zahl der Fachbereiche auf vier reduziert. Die Fachbereiche wurden außer ihrem methodischen Aufgabenspektrum nunmehr auch in inhaltlichen Schwerpunktsetzungen definiert. Die so ersichtlichen Kompetenzen flossen in die gesamte Arbeit der Landeszentrale und vor allem in die inhaltliche Beurteilung der Förderanträge ein. Die Fachbereichsstruktur wies nunmehr das folgende Bild auf:

- Fachbereich 1: Förderung, Haushalt und Grundsatzangelegenheiten
 - Fachbereich 2: Politikvermittlung (hierzu gehörten auch die Weiterführung der entsprechenden Veranstaltungsreihen und der Kooperationsveranstaltungen)
 - Fachbereich 3: Zielgruppenarbeit, Neue Medien
 - Fachbereich 4: Publikationen
- Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen und Controlling waren unmittelbar der Leitung zugeordnet.

2.4 Bewährung: die Landeszentrale in der Verfassungsdiskussion

Am 14. Juni 1992 stimmten die Brandenburger als erste in den neuen Bundesländern über die Verfassung ihres wiedererstandenen Landes ab. In den Monaten vor dem Volksentscheid wurde eine engagiert geführte öffentliche Debatte geführt. Die zu jener Zeit weitgehend etablierte Landeszentrale war in der Lage und verstand es als ihre Pflicht, in diesen Diskurs einzugreifen.

Ihre Aktivitäten mussten dabei zwei Ansprüchen gleichermaßen gerecht werden. Einerseits wurde von ihr als Organisationseinheit einer obersten Landesbehörde zu Recht erwartet, dass sie ihre materiellen und personellen Ressourcen in den Dienst dieses landespolitisch bedeutsamen Vorhabens stellte. Andererseits durfte politische Bildung keinesfalls als offizielles Sprachrohr verstanden werden, sondern musste auch in Bezug auf die Verfassungsdiskussion ihrem Auftrag gerecht werden, die Bürger anzuregen und zu unterstützen, in eigener Verantwortung und in Kenntnis der komplexen Materie eigenständig und sachkundig zu entscheiden. Wie sie diesen beiden Komponenten gerecht wurde, zeigt die

Broschüre, die in der Landeszentrale entstand und in recht großer Auflage für die öffentliche Verfassungsdiskussion hergestellt wurde.

2.5 Einziges Landeszentrale ohne Errichtungserlass

Alle Aktivitäten leistete die Landeszentrale über Jahre hinweg ohne einen formellen Errichtungserlass. Bereits vom Juni 1991 datierte der erste Entwurf eines Erlasses, gegen den die Ressorts jedoch Bedenken vorlegten; so befürchtete das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur „mangelnde Unabhängigkeit“. Unter Berücksichtigung der Einwände unterbreitete der Chef der Staatskanzlei am 28. August 1991 eine Kabinetttvorlage, die jedoch zurückgestellt wurde.

Trotz der fehlenden formalen Legitimierung mittels Organisationserlass entwickelte die Landeszentrale während einer Aufbauphase von etwa einem Jahr ihre inneren Strukturen und präsentierte erste erfolgreiche Arbeitsergebnisse. Ferner legitimierten einschlägige gesetzliche Regelungen sie als konstitutiven Bestandteil der Exekutive: die Haushaltsgesetze, das Weiterbildungsgesetz, die Bekanntmachung der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden und vor allem die Förderrichtlinie. Es sollten noch vier Jahre vergehen, bis dem Mangel abgeholfen war.

2.6 Der Organisationserlass vom September 1998

Angesichts des ausstehenden Errichtungserlasses bestand hinsichtlich Status, Funktion und Aufgaben der Landeszentrale über Jahre ein formelles Regelungsdefizit, das im eklatanten Gegensatz zur realen Situation stand. Diese Lücke war im Landtag bereits mehrfach bemängelt worden. Am 6. November 1996 kam der Parlamentarische Beirat deshalb mit dem Chef der Staatskanzlei und dem Leiter der Landeszentrale überein, am 1. Januar 1997 einen Organisationserlass in Kraft zu setzen, der in den Folgewochen zwischen allen Beteiligten abgestimmt werden sollte. Auch dieser Vorgang erstreckte sich aber über einen weit längeren Zeitraum. Hürden waren im interministeriellen Abstimmungsverfahren zu überwinden. Dabei tauchte die Anregung auf, die Landeszentrale als nachgeordnete Behörde zu verselbständigen. Dieser Vorschlag wurde wegen der damit verbundenen personellen Aufstockungen und entsprechender Auswirkungen auf den Haushalt verworfen. Moniert wurden auch nicht eindeutig geregelte Unterstellungsverhältnisse gegenüber dem Ministerpräsidenten und dem Chef der Staatskanzlei. So sollten noch anderthalb Jahre verstreichen, ehe die Bedenken der Ressorts ausgeräumt waren.

Gemäß dem Organisationserlass vom 4. September 1998 war die Landeszentrale eine Organisationseinheit in der obersten Landesbehörde „Der Ministerpräsident“. Der Leiter bzw. die Leiterin der Landeszentrale „handelt im Rahmen der Weisungen des Ministerpräsidenten und des Chefs der Staatskanzlei selbständig“. Der Organisationserlass benannte als Aufgaben der Landeszentrale – unter dem Vorbehalt der Zuweisung weiterer Aufgaben:

- „- die politische Bildung und die politische Kultur im Land Brandenburg mit dem Ziel zu fördern, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Bereitschaft zur Wahrnehmung demokratischer Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu unterstützen;
- die Herausbildung eines aktiven Demokratiebewusstseins und das Engagement für europäische und internationale Probleme, die Bewahrung der natürlichen Umwelt und des Friedens zu stärken;
- Maßnahmen der politischen Bildung von Trägern der politischen Bildungsarbeit im Land Brandenburg nach der geltenden Richtlinie des Ministerpräsidenten zu fördern.“

2.7 Organisatorische Anbindung

Schon im Januar 1991 war die Entscheidung gefallen, dass die Landeszentrale eine Organisationsstruktur der Staatskanzlei war. Die damit verbundene Zuordnung auch zum Ministerpräsidenten entsprach der Praxis in den meisten Bundesländern, weil damit die Garantie des Zugangs zu politischer Bildung als hoheitliche und ressortübergreifende staatliche Aufgabe sichtbar gemacht wurde. Die organisatorische Zuordnung der politischen Bildung zur Staatskanzlei wurde – abgesehen von vereinzelt, nie konsequent betriebenen Vorstößen – nicht angezweifelt. Der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 von Mitte 1993, die Landeszentrale aus der Staatskanzlei auszugliedern, war eine solche Ausnahme.

Mit der organisatorischen Zuordnung übernahm diese für die Landeszentrale deren Verwaltungsaufgaben, insbesondere *Personalangelegenheiten* der Mitarbeiter einschließlich der Einstellung von Praktikanten, der Zuordnung von Auszubildenden und der Mitarbeiterfortbildung, der *Haushaltsangelegenheiten*, und der *allgemeinen Verwaltungsaufgaben*, z. B. Vergabe und Versand von Literatur, Versandaktionen, Bearbeitung von Dienstreisen, Fahrdienst, Materialbeschaffung, Betreuung des Telefon- und Computernetzes, Handwerkerarbeiten, Möblierung.

Mit dem Beginn der 3. Legislaturperiode 1999 wurde die Landeszentrale dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zugeordnet. Dieser Wechsel war nicht unumstritten. Im Parlamentarischen Beirat argwöhnte man, dass der Einfluss des Parlaments beschnitten werden sollte.

Doch obwohl bis 1999 die augenfällige ressortübergreifende Position politischer Bildung durch den Wechsel zum Bildungsministerium zu entfallen schien, war dieser nicht mit der befürchteten Einschränkung des Stellenwertes politischer Bildung wegen einer möglichen Subsummierung in das schulische Bildungssystem verbunden. Die Angebote der Landeszentrale blieben erhalten.

2.8. Der Parlamentarische Beirat

Die Überlegungen der Partnerzentrale in Nordrhein-Westfalen zum Aufbau einer Landeszentrale für politische Bildung in Brandenburg vom Januar 1991 enthielten auch die Anregung zur Bildung eines Parlamentarischen Beirats, „um die Überparteilichkeit der Landeszentrale Brandenburg zu unterstreichen und ihre Akzeptanz im Landes zu fördern“. Dieser Vorschlag kennzeichnet in besonderem Maße das Verständnis der Partnerzentrale für die Situation in Brandenburg, denn in Nordrhein-Westfalen gab es kein solches Gremium und gibt es bis heute nicht.

Obwohl zwischen allen Beteiligten – der Staatskanzlei, Koalitions- und Oppositionsparteien und der Landeszentrale selbst – Konsens darüber bestand, einen solchen Beirat bilden zu wollen, erstreckte sich der Gründungsprozess über einen Zeitraum, der den aller anderen ostdeutschen Landeszentrale weit übertraf. Denn im April 1992 gab es in den drei Landeszentralen von Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern bereits ein solches Gremium und in Sachsen-Anhalt wurde seine Bildung vorbereitet. Insbesondere die Oppositionsparteien kritisierten diese Verzögerung wiederholt. Zwar hatte bereits eine Kabinetttvorlage der Staatskanzlei vom August 1991 zum Errichtungserlass der Landeszentrale auch die Einsetzung eines Kuratoriums zum Inhalt. Die wiederholte Zurückstellung des Erlasses gab zu Befürchtungen Anlass, durch Verzögerungen könnte nicht nur die Eigenverantwortung der Landeszentrale eingeschränkt werden, sondern auch die

Gewährleistung ihrer Überparteilichkeit durch ein parlamentarisches Gremium. Dennoch sollten mehr als anderthalb Jahre verstreichen und einer Mahnung von Abgeordneten mehrerer Parteien im Oktober 1992 bedürfen, bis die Benennung des Beirats ernsthaft in Angriff genommen, dann aber im Zeitraum April/Mai 1994 zügig zum Abschluss gebracht wurde.

Nachdem das Kabinett am 3. Mai 1994 die Einsetzung eines Parlamentarischen Beirates der Landeszentrale gebilligt hatte, benannte der Hauptausschuss des Landtags nur zwei Tage später dessen Mitglieder Wolfgang Klein (SPD), Martin Habermann (CDU), Prof. Dr. Michael Schumann (PDS-Linke Liste), Renate Schneider (F.D.P.) und Peter Schüler (Bündnis 90).

Am 20. Juni 1994 kam der Beirat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und gab sich eine Geschäftsordnung. Hauptsächliche Beratungspunkte der ersten Jahre waren immer wieder der noch ausstehende Errichtungserlass bzw. die Vorbereitung eines Organisationserlasses für die Landeszentrale mit den damit verbundenen grundsätzlichen Problemfeldern wie Status, Struktur, Verantwortlichkeiten, die Personal- und Sachmittelausstattung der Landeszentrale, Bewirtschaftungsbefugnis und Förderrichtlinien.

2.9. Vier Standorte der Landeszentrale

Der heutige Standort der Landeszentrale auf dem Gelände der Ministerien in der Heinrich-Mann-Allee 107 ist der vierte in ihrer 20jährigen Geschichte. Jeder Umzug war nicht schlechthin eine räumliche Veränderung. Er entsprach den ständig besseren räumlichen Bedingungen in der Landeshauptstadt und zugleich der Komplettierung von Struktur und Personalbestand der Landeszentrale. Vor allem aber wurden mit jedem Ortswechsel günstigere Bedingungen für die Realisierung ihres Programms und ein höheres Maß an Bürgernähe erreicht.

Erste Räumlichkeiten wurden der entstehenden Landeszentrale 1991 im Gebäude der Staatskanzlei zugewiesen. Das nächste Domizil nach diesem Provisorium war eine 1992 bezogene Villa in Neu Fahrland. Sie war leicht renovierungsbedürftig, doch sehr repräsentativ am Ufer des Lehnitzsees gelegen.

1993 wurde wieder umgezogen. Das nächste Domizil befand sich in der Geschwister-Scholl-Straße in Potsdam. Wieder war es ein ehemaliges Wohnhaus. Mit mehreren Etagen bot es zwar mehr Raum für Beratungen und auch zum Empfang von Besuchern, doch nicht für Veranstaltungen oder gar Ausstellungen.

Als Ansprüche von Alteigentümern auf das Haus geltend gemacht wurden, erhielt die Landeszentrale im Sommer 1996 ihr endgültiges und für ihre Ansprüche als „Haus mit offenen Türen“, als Treffpunkt aller an politischen Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürger am weitaus besten geeignetes Haus. Hier konnten Bürger Politiknähe finden, aber auch Politiker Bürgernähe. Die offizielle Eröffnung fand am 2. September 1996 statt. Nun konnten an einem Ort Veranstaltungen durchgeführt, Ausstellungen gezeigt und Literatur direkt vergeben werden. Aus dieser Kombination der verschiedenen Bildungsangebote sollte das integrale Konzept der Landeszentrale entstehen. Zu den Vorteilen des neuen Hauses gehörte nicht zuletzt, dass es als ehemaliges Offizierskasino eines der attraktivsten auf dem Gelände der früheren Potsdamer Kadettenanstalt war, das auch einen angemessenen Rahmen für den Besuch ausländischer Gäste bot.

[» Zur Geschichte des Hauses](#)

3. Inhalte politischer Bildung in Brandenburg

3.1 Politische Bildung in den neuen Ländern

Die Angebote der politischen Bildung in den neuen Ländern verstanden sich als Beiträge und Bausteine einer demokratischen Infrastruktur. Ihre Inhalte leiteten sich in Brandenburg wie in den anderen neuen Ländern von dem Ziel ab, eine pluralistische demokratische Entwicklung zu fördern und mit sachkundigen Informationen den Partizipationswillen der Bürgerinnen und Bürger anzuregen und zu stärken. Dies musste geschehen unter den besonderen Bedingungen des Transformationsprozesses unter sichtbarer Abgrenzung vom vormaligen zentralistischen Politikmodell hin zu einer selbstbestimmten, variantenreichen Demokratie. Die Vermittlung dieser Inhalte war zugleich die Voraussetzung, sowohl eine Kultur des demokratischen Engagements aufzubauen als auch staatsbürgerliches Selbstwertgefühl zu untermauern und damit auch politischem Desinteresse und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Die inhaltlichen Schwerpunkte politischer Bildung definierten sich in den neuen Ländern auch in ihrer Differenzierung zu grundlegenden gesellschaftlichen Kategorien während der SED-Diktatur. Es galt, jene Grundlagen und Funktionselemente der demokratischen Werteordnung zu vermitteln, die die Menschen hier – weil im Gegensatz zu den überwundenen Herrschaftsmechanismen stehend – in der politischen Praxis entweder gar nicht oder sinnentstellend erfahren hatten. Das war selbst bei dem Begriff „Demokratie“ im Namen des untergegangenen Staates der Fall. Politische Bildung stand deshalb vor der Aufgabe, *Demokratie* und *Rechtsstaatlichkeit* in ihrer originären Bedeutung, in ihrer Komplexität und Vielgestaltigkeit zu vermitteln. Dies galt in erster Linie für das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bewohnern, das im Katalog der verfassungsmäßigen *Grundrechte* geregelt war. Auch die Verfassungen der DDR hatten Grundrechte enthalten, die aber wegen der fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit nicht justiziabel waren. Von der Staatsgründung an waren Grundrechte durch die politischen Verhältnisse, insbesondere durch die faktisch rechtsfreie Tätigkeit des MfS, entwertet wurden, was dazu geführt hatte, dass Verfassungsrechte selbst per Dienstanweisung außer Kraft gesetzt worden waren. Und Ulbrichts Verfassung von 1968 hatte die Grundrechte auch verfassungsrechtlich eingeschränkt, indem sie deren Wahrnehmung an die Grundsätze der Verfassung band, deren Kern die Führungsrolle der SED war. Es galt deshalb deutlich zu machen, dass das demokratische Staatswesen sich sowohl auf die Legitimation durch das Volk stützen musste als auch an eine stabile Rechtsordnung gebunden war und dass Rechtsstaatlichkeit auch eine konfliktorientierte politische Kultur umfasste.

Ein hoher Stellenwert kam im Aufgabenspektrum politischer Bildung der Vermittlung der Regeln der *Gewaltenteilung* zu, die der Marxismus-Leninismus als Verschleierung der Herrschaft des Kapitals verworfen hatte. Da die Parteiherrschaft eo ipso legitimiert war, bedurfte es keiner Gewaltenhemmung. Es galt nun nicht nur die Notwendigkeit der drei Elemente der Gewaltenteilung in der politischen Bildung zu vermitteln, sondern auch deutlich zu machen, dass die Legitimation der gesetzgebenden Gewalt ein geregeltes Wahlrecht voraussetzt, dass zu einer funktionierenden Parlamentsherrschaft eine mit kraftvollen Kompetenzen ausgestattete Opposition gehört, dass die Exekutive dem Prinzip der „Gesetzmäßigkeit der Verwaltung“ unterworfen ist, dass die Judikative unabhängig handelt und schließlich dass der öffentlichen Meinung eine Wächterfunktion als „vierte Gewalt“ zukommt, weil Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder der Gefahr von Blockade oder Einschränkung ausgesetzt sind.

Von großer Bedeutung gerade in den neuen Ländern war der *Föderalismus* als „vertikale Gewaltenteilung“. Das Land Brandenburg war 1952 – wie auch die anderen Länder der DDR – der Zentralisierung geopfert, es war aufgelöst und durch Bezirke ersetzt worden. In der Folgezeit waren auch sämtliche Rudimente kommunaler Selbstverwaltung liquidiert worden. Politischer Bildung in den neuen Ländern oblag deshalb in besonderem Maße die Vermittlung des föderalen Staatsaufbaus, seiner verfassungsrechtlichen Grundlagen und auch der Inhalte der *kommunalen Selbstverwaltung*. Zur Wiedererweckung des Föderalismusgedankens gehörte auch *Landesgeschichte und -kunde*. Mit der Zerschlagung der Länder war auch ihre Geschichte marginalisiert worden und hatte erst in den letzten Jahren der DDR wieder mehr Augenmerk erfahren. Die Befriedigung des für landesgeschichtliche Themen bestehenden erheblichen Informationsbedarfs kam nicht zuletzt der Aufgabe der politischen Bildung entgegen, zur Herstellung und Vertiefung von Landesidentität beizutragen.

Ein ähnlich hoher Stellenwert wie der Landesgeschichte kam im Aufgabenspektrum politischer Bildung Problemen der deutschen und auch der europäischen *Geschichte* zu. Hatte die Propaganda der DDR doch die Geschichte der Bundesrepublik weitgehend aus der deutschen Geschichte ausgeblendet und diese wie auch die Geschichte anderer Länder in erster Linie als Abläufe von Revolutionen dargestellt. Ausgewogene Geschichtsbilder fehlten. Das galt ausdrücklich auch für die ehemaligen „Bruderländer“ und besonders für die Sowjetunion, aus deren Geschichte zahllose historische Fakten verschwiegen oder verfälscht worden waren.

Im Rahmen der Vermittlung eines ausgewogenen Geschichtsbildes kam der *Geschichte der DDR* ein herausgehobener Rang zu. Einerseits musste deutlich werden, dass die Geschichte der DDR Teil der deutschen Nationalgeschichte war und diese wiederum während der Zeit der Teilung eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte, die aus den Spezifika der Nachkriegszeit resultierte. Die Einfügung der beiden Landesteile in gegensätzliche Machtblöcke hatte besonders für die Menschen im Osten einen dauerhaften Erfahrungsdualismus zur Folge gehabt. Einerseits hatten sie unter den schwierigen Bedingungen der Einbindung in das sowjetische Machtgefüge ein gewaltiges Aufbauwerk vollbracht. Andererseits bestimmten Repression und Bevormundung sowie Mangelwirtschaft permanent das Alltagsleben. Die untrennbare Beziehung dieser Elemente in der Biografie der hier in den Jahren 1945 bis 1989 Lebenden musste und wollte politische Bildung in den neuen Ländern berücksichtigen.

Weitere Herausforderungen, die in der Vergangenheit ebenfalls Fehldeutung und Missbrauch erfahren hatten und vor denen die politische Bildung in den neuen Ländern stand, waren die Förderung des *Europagedankens*, in Brandenburg insbesondere in Bezug auf das deutsch-polnische Verhältnis, die Herausforderungen einer sich schnell *verändernden Welt*, *Israel* und das deutsch-israelische Verhältnis.

In dem Maße, in dem demokratiefeindliche, insbesondere rechtsextremistische Einstellungen Gewicht in den neuen Ländern erlangten, gewann auch die Auseinandersetzung mit *Rechtsextremismus*, mit *Rassismus* und *politischer Gewalt* für die politische Bildung in den neuen Ländern an inhaltlicher Bedeutung.

Und nicht zuletzt musste politische Bildung kontinuierlich auf *aktuelle* Entwicklungen und Fragestellungen reagieren.

3.2 Spezifische Inhalte politischer Bildung in Brandenburg

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten politischer Bildung im Allgemeinen und in den neuen Ländern im Besonderen hatte sich die Landeszentrale drei inhaltlichen Schwerpunkten zu stellen, die für die Geschichte und Gegenwart Brandenburgs von Bedeutung waren, in politischen Debatten engagiert debattiert wurden und Auswirkungen auf die Demokratieentwicklung und die politische Kultur unseres Landes haben:

- erstens der Stellenwert Preußens,
- zweitens die besondere Bedeutung der Beziehungen zu Polen auch im Hinblick auf die deutsche Nation und den Prozess der europäischen Integration und
- drittens die sorbische Minderheit in der Lausitz.

Hilfreich war dabei, dass in Potsdam wissenschaftliche Einrichtungen bestanden bzw. im Aufbau begriffen waren, die ihren Sachverstand einbrachten: die Universität, das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, das Zentrum für Zeithistorische Forschung und das Potsdam-Museum, die aufgeschlossen für Kooperationen waren. Das erlaubte auch die Hinwendung auf spezielle thematische Schwerpunkte. So förderte die Landeszentrale 1993 die Veranstaltung „Preußen und seine Frauen“ der Volkshochschule und der Universität und war an der Durchführung beteiligt. Ein Jahr später war „Brandenburg – Preußens Erbe?“ Gegenstand einer großen Konferenz der Landeszentrale. Eingebettet in die Frage nach den Dimensionen des preußischen Erbes behandelte sie den Umgang mit dem preußischen Staatseigentum beim deutschen Einigungsprozess. Eine mehrteilige und vielthematische Veranstaltungsreihe war 2001 dem 200. Jahrestag des Königreichs Preußens gewidmet.

Bestellungen ~~nach~~ von landeskundlicher Literatur über Preußen gehörten zu den häufig – auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland - angeforderten Publikationen. Schließlich wurden Mitarbeiter der Landeszentrale zu Vorträgen zum Thema Preußen eingeladen, z. B. an die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Die zweite inhaltliche Spezifik politischer Bildung in Brandenburg ist der besondere *Stellenwert Polens*. Der Organisationserlass verpflichtet die Landeszentrale, das Engagement für europäische Probleme zu stärken. Das Verhältnis Brandenburgs zu Polen mit der über 250 Kilometer langen gemeinsamen Grenze hat dabei einen hohen Stellenwert. Intensiv und auch Konflikt beladen sind die Beziehungen zwischen Brandenburg und seinem östlichen Nachbarn. Das Herzogtum Preußen, das dem Königreich seinem Namen gab, stand lange unter polnischer Lehnshoheit. Im Königreich Preußen sprach 1900 jeder zehnte Einwohner polnisch. Zu DDR-Zeiten kamen polnische Arbeiter in Brandenburger Fabriken über die Grenze. Und in den 1990er-Jahren verfolgten die Brandenburger die Demokratiebewegung in Polen mit Sympathie. Heute bildet die brandenburgisch-polnische Grenze eine wichtige Brücke zu Osteuropa und ein Bindeglied der europäischen Integration. Auch Widersprüche werden dabei nicht ausgespart. Von Bedeutung ist auch die Erkenntnis, dass Osteuropa die politische Kultur Deutschlands mitprägte. Brandenburg empfing mehr als viele andere Territorien Deutschlands von seinen östlichen Nachbarn politische und kulturelle Impulse, deren sich viele heute nicht bewusst sind. Sie sind jedoch ein wichtiges Argument gegen nationale Überheblichkeit und Rechtsextremismus. All diese und viele andere Aspekte prägen deshalb auch die Inhalte politischer Bildung Brandenburgs und bilden einen dauerhaften Bestandteil des Angebotes der Landeszentrale. Ferner fördert sie eine große Anzahl von Projekten, die der Aufarbeitung des deutsch-polnischen Verhältnisses und der Gestaltung der grenzüberschreitenden Beziehungen zuwenden. Bei solchen oft binationalen Veranstaltungen führte das Zusammenwirken von Polen und Deutschen zu interessanten Ergebnissen und neuen Erkenntnissen. Exemplarisch dafür stehen die Seminare des Landfrauenbundes im

Oderbruch mit jährlich wechselnden thematischen Schwerpunkten oder die sich bis in den Raum Litauen erstreckenden länderübergreifenden Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen. Schließlich wurden in den 1990er Jahren landeskundliche Seminare für polnische Deutschlehrerinnen und -lehrer durchgeführt. Die dabei vermittelten Informationen waren für die polnischen Lehrer von Bedeutung, weil in Polen Material dazu fehlte. Als man die Lücke geschlossen hatte, waren diese Seminare entbehrlich.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass in Brandenburg und in Sachsen die slawischen *Sorben/Wenden* leben, die größte autochthone Minderheit Deutschlands. Vor allem die Lausitz ist von sorbischer Kultur in hohem Maße geprägt. Für die politische Bildung ist dies unter verschiedenen Aspekten bedeutsam. Sich dieser Problematik anzunehmen, gehört zu ihrem Auftrag, der darin besteht Landeskunde und Landesgeschichte zu vermitteln. Vor allem im Westen Deutschlands war die Existenz der Sorben weitgehend unbekannt. Nicht wenige Verwaltungshelfer aus Nordrhein-Westfalen waren anfänglich verblüfft, in ihrem Partnerland auf zweisprachige Ortsschilder zu stoßen. Über bloße Informationsvermittlung hinaus ist der Umgang mit Minderheiten ein Indiz für den Stand der Demokratieentwicklung eines Landes. Der Schutz und die Erhaltung der sorbischen Identität ist ein wichtiger Bestandteil der Rechtsordnung und der politischen Kultur Brandenburgs, die zu vermitteln ebenfalls zu den Aufgaben politischer Bildung gehört. Dieser Aspekt hat umso mehr Gewicht, als auf Bundesebene die verfassungsmäßige Festschreibung der Rechte der sorbischen Minderheit bislang unterblieb. Zugleich gilt es bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus – einer an Bedeutung zunehmenden Aufgabe politischer Bildung – bewusst zu machen, dass die vielfältigen kulturellen Impulse, die das deutsche Volk auch von seinen Minderheiten empfing, die Entwicklung der deutschen Nation mitformte. Die Landeszentrale hat diese spezifische Verpflichtung politischer Bildung in Brandenburg in einer Reihe von Maßnahmen umgesetzt. Ein Beispiel dafür war das Kolloquium „Die Sorben/Wenden in Deutschland und Nationale Minderheiten in Europa“ im September 2000 in Cottbus. Und schließlich fördert die Landeszentrale spezielle Projekte im sorbisch/wendischen Siedlungsraum. Exemplarisch dafür stand eine Ausstellung in Lübbenau über den wirtschaftlichen Wandel im Braunkohlegebiet und dessen soziale Auswirkungen, die auch überregional großes Interesse fand.

3.3 Förderung von bürgerschaftlichem Engagement

Eine zentrale Aufgabe politischer Bildung ist es, die Bürgerinnen und Bürger bei der aktiven Wahrnehmung von Verantwortung in Staat und Gesellschaft und der Ausübung demokratischer Rechte zu unterstützen. Dies setzt die Kenntnis der entsprechenden Regeln voraus. Rechtsstaatliche Strukturen und Abläufe gehören deshalb zu den inhaltlichen Schwerpunkten nicht nur im Publikationsangebot der Landeszentrale, sondern auch der geförderten Maßnahmen. Sie erfreuen sich deshalb konstanter Nachfrage. Bürgerschaftliches Engagement vollzieht sich vor allem auf kommunaler Ebene. Einwohner und Bürger arbeiten „vor Ort“ für die Durchsetzung ihrer Interessen erforderlichenfalls auch gegen kommunale Vertretungen und Verwaltungen, wie die ca. 180 Bürgerbegehren im Zeitraum 1990 bis 2005 belegen, die in 58 Fällen zu Bürgerbegehren führten, darunter 1998 die Abwahl des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt. Für die Wahrnehmung kommunaler Rechte waren die von der Landeszentrale angebotenen Publikationen, insbesondere der Kommentar zur Kommunalverfassung „Bürgerinnen und Bürger entscheiden mit“, zweifellos hilfreich.

Die Wahrnehmung bürgerschaftlichem Engagements stand auf der Tagesordnung etlicher Konferenzen, z. B. der Seniorenkonferenzen, deren Mitveranstalter die Landeszentrale war,

besonders im Internationalen Jahr der Senioren. Darüber hinaus nahmen auch freie Träger die Gelegenheit wahr, sich über die Materie auf Konferenzen der Landeszentrale auszutauschen.

Beispielhaft für den Umgang der Landeszentrale mit einer Aktion bürgerschaftlichem Engagements war eine Broschüre der Bürgerbewegung „Freie Heide“, die sich gegen die weitere Benutzung des „Bombodroms“ durch die Bundeswehr nach dem Abzug der Sowjetarmee wehrte. Die „Freie Heide“ erregte bundesweit Aufsehen, nicht zuletzt weil sie mit ihrem länderübergreifenden Wirken, der Dauer, der Zielstrebigkeit, der Intensität ihrer Aktionen und der Vielzahl der beteiligten Menschen Vorbild für ähnliche Willensbekundungen sein konnte.

3.4 Senioren als Rezipienten und Akteure politischer Bildung

Ein Fünftel der Brandenburger ist älter als 65 Jahre. Dieser Anteil steigt weiter. Die Landeszentrale für politische Bildung und die freien Träger haben die demografische Entwicklung in ihrer Programmgestaltung von Anfang an berücksichtigt. Senioren gehören zu den treuen Besuchern der Veranstaltungen der Landeszentrale. Auch bei der Teilnehmerstruktur von Veranstaltungen der freien Träger ist der Anteil der Älteren konstant. Insbesondere Problemen der regionalen Geschichte und Entwicklung gilt ihr Interesse. Manche Träger hätten ohne die aktive Beteiligung von Senioren erheblich an Substanz eingebüßt. Andere hatten zwar Seniorenarbeit nicht in den Mittelpunkt ihrer Programmatik gestellt, boten aber regelmäßig Maßnahmen für Senioren an. Wieder andere – z. B. BBZ Bernau - führten mit großer Resonanz Geschichtswerkstätten und ähnliche Veranstaltungen durch, deren methodischer Ansatz auf ein enges Zusammenwirken von Alten und Jungen abzielte.

Wurde bei den Veranstaltungen bereits sichtbar, dass Senioren nicht nur Nutznießer waren, sondern der politischen Bildung vielfältig nutzbare geistige Ressourcen boten, wurde dies besonders bei deren Wirken als Autoren deutlich. Durch die gesellschaftlichen Umbrüche der frühen 1990er Jahre wurde viel intellektuelle Kraft früh verrenteter Wissenschaftler freigesetzt, die in hoch qualifizierten Manuskripten ihren Niederschlag fand. Aus jener Zeit stammte eine Vielzahl von wertvollen und bei Interessenten und Multiplikatoren politischer Bildung hochgeschätzten Publikationen der Landeszentrale aus der Feder dieser Autoren. Als Beispiele seien genannt: die Briefdokumentation „Was bleibt ist Hoffnung“, oder etliche Hefte aus den Reihen „Brandenburgischen historischen Hefte“ und „Internationale Probleme und Perspektiven“. Etliche Träger gaben Zeitzugbroschüren heraus. Die besten von ihnen wurden von der Landeszentrale gefördert und in deren Publikationsangebot aufgenommen. Besonders beeindruckte das Buch „Allenfalls kommt man für ein halbes Jahr in ein Umschulungslager“. Es beschrieb Schicksale von Jugendlichen aus Wittenberge, die in der Nachkriegszeit vom sowjetischen Geheimdienst willkürlich verhaftet und interniert wurden; einige von ihnen wurden hingerichtet. Natürlich ist auch der Anteil der Senioren unter den Nutzern des Publikationsangebots der Landeszentrale hoch. Etwa jeder zehnte ist über 60 Jahre alt.

Die Verantwortung der Landeszentrale für seniorenpolitische Probleme unter dem Aspekt der politischen Bildung fand auch in der Teilnahme an bedeutsamen seniorenpolitischen Veranstaltungen ihren Ausdruck. Drei davon fanden im Internationalen Jahr der Senioren 1999 statt. Im März fand war die deutsch-polnische Seniorenkonferenz dem Thema „Europa für Senioren – Senioren für Europa“ gewidmet. Die Veranstaltung „Seniorenbildung: Erwartungen, Anforderungen, Möglichkeiten“ der Reihe „Treffpunkt Landtag“ im April 1999 beriet über Seniorenbildung unter verschiedenen Blickwinkeln. Ein Programmschwerpunkt

lautete „Seniorenbildung und politische Bildung“. Im November 1999 führten der Seniorenrat des Landes Brandenburg und die Landeszentrale gemeinsam die Erste Landesseniorenkonferenz durch, die sich mit bürgerschaftlichem Engagement und mit Formen des Ehrenamtes auseinandersetzte. Die Beiträge beider Veranstaltungen wurden in Broschüren dokumentiert.

3.5 Interesse an Brandenburg außerhalb Deutschlands

Wenngleich der gesetzliche Auftrag der Landeszentrale auf politische Bildung in und für Brandenburg gerichtet ist, treffen immer wieder Bitten ein, ihre Ressourcen in Einzelfällen auch Institutionen oder Interessenten aus dem Ausland teilhaben zu lassen.

Vor allem in den ersten Jahren nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit war das Interesse ausgeprägt, Bildungslücken über die neuen Länder zu schließen. Deshalb fragten in jener Zeit Interessenten aus den alten Ländern und auch aus dem Ausland besonders oft nach landeskundlicher Literatur über Brandenburg. In den 1990er Jahren gab es viele Anfragen aus Polen. Sogar Klassensätze wurden erbeten. Auch in andere Länder wurden Bücher versandt, vor allem in Deutschlands Nachbarländer. Auffällig war zeitweilig eine Vielzahl von Bestellungen aus Dänemark, wo die neuen Länder Thema von Schulprojekten waren. Selbst nach Übersee gingen landeskundliche Publikationen. In Regalen in Kanada, den USA, Argentinien oder Australien stehen Bücher der Landeszentrale.

Um den Stellenwert politischer Bildung nach dem Vollzug der Einheit Deutschlands authentisch kennen zu lernen, baten Gruppen von Politikern oder Wissenschaftlern um Vorträge oder Diskussionsrunden mit Mitarbeitern der Landeszentrale. Dazu gehörten auch hochrangige Delegationen wie 1997 eine Gruppe von Experten der russischen Regierung oder 1999 Senatoren und Abgeordnete aus Thailand. Zu Vorträgen über die politische Bildung in Brandenburg wurden Mitarbeiter der Landeszentrale auch in andere Länder eingeladen, z. B. 1996 ins belarussische Minsk oder 1997 nach Sibiu in Rumänien.

Besondere Bedeutung unter den internationalen Aktivitäten der Landeszentrale hatte der Meinungsaustausch zwischen Mitarbeitern der Landeszentrale und Delegationen aus der Republik Korea zu Erfahrungen über die Rolle der politischen Bildung im Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der Süden erhoffte von der Überwindung der deutschen Teilung Impulse für eine mögliche Vereinigung mit dem Norden des geteilten Landes. Seit 1996 wurden in Potsdam etwa im Jahresturnus koreanische Delegationen empfangen. Das erhebliche Interesse der koreanischen Seite gipfelte in einer Einladung der Leiterin der Landeszentrale nach Seoul.

4. Förderung freier Träger

4.1 Politische Bildung im Flächenland Brandenburg

Unter den neuen Ländern hat Brandenburg die größte Fläche. Mit fast 300 000 km² ist es unter allen Bundesländern das fünfgrößte. Im Gegensatz zu dieser territorialen Ausdehnung steht seine sehr geringe Bevölkerungsdichte. Unter allen deutschen Ländern rangiert es vor Mecklenburg-Vorpommern an vorletzter Stelle. Der größte Teil der Brandenburger ist im ländlichen Raum ansässig. Kleine und kleinste Orte überwiegen. Von den fast 1 800 Gemeinden, die es 1990 gab, hatten nahezu zwei Drittel weniger als 500 Einwohner. Unter diesen geografischen und strukturellen Bedingungen war es der Brandenburger noch weniger als anderen Landeszentralen möglich, ein eigenes flächendeckendes Veranstaltungsangebot zu

unterbreiten. Freie Träger der politischen Bildung bieten im großen Flächenland durch lokale und regionale Sachprogramme vielfältige und unabdingbare Möglichkeiten an Informationen und Willensbildung. Als Orte politischer Kommunikation und demokratischer Meinungsbildung sind sie unverzichtbar. Eine breit gefächerte Infrastruktur freier, pluralistisch agierender, auf das Engagement der Menschen gestützter Bildungsträger herauszubilden und zu erhalten und die von ihnen angebotenen Bildungsprojekte zu fördern, hatte und hat deshalb für die politische Bildung Brandenburgs als Investition in die Zukunft einen sehr hohen Stellenwert.

4.2 Trägerstrukturen und Inhalte geförderter Projekte

Innerhalb kurzer Zeit baute die Landeszentrale ein differenziertes und pluralistisches landesweites Netzwerk von über 100 freien Trägern auf, das das besondere Profil der politischen Bildung in Brandenburg prägte. Sie förderte ihren Bestand und ihre Tätigkeit finanziell und bei der Planung ihrer Maßnahmen, Antragstellung und Abrechnung. Zuschüsse zur Absicherung ihrer Arbeitsfähigkeit der Träger sicherten einen permanenten Bestand politischer Erwachsenenbildung.

Die Trägerlandschaft in Brandenburg formierte sich einerseits aus Neugründungen von Bildungsträgern, die sich an westdeutsche Erfahrungen anlehnten und durch Ost-West-Kooperationen zu einem professionellen Profil fanden. Andererseits wurden mitgliederstarke ostdeutsche Bildungsstrukturen der Erwachsenenbildung in die freie Trägerlandschaft transformiert. Ferner entwickelten engagierte Anhänger der Bürgerbewegungen in neu gebildeten Bildungsträgern Interesse für ihre Themen. Bedeutung erlangten schließlich auch solche Vorhaben, die internationale Beziehungen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellten. In diesem strukturellen und inhaltlichen Rahmen prägten fünf große Gruppen von Trägern die politische Bildungslandschaft Brandenburgs.

Erstens waren dies *Bildungswerke im Umfeld von Parteien, Gewerkschaften und europäischen Initiativen* wie die den Parteien nahe stehenden Stiftungen, das DGB-Bildungswerk, die Europäische Staatsbürgerakademie oder das Europahaus Brandenburg mit inhaltlich übergreifenden Bildungsangeboten. Gesetzlich garantierte Zuschüsse erhielten die den Parteien nahe stehenden Stiftungen. Der jeweilige Förderumfang war von der Fraktionsstärke im Landtag abhängig. Im ersten Brandenburger Landtag waren fünf Parteien vertreten. Entsprechend erhielten Zuschüsse die der SPD nahe stehende Friedrich-Ebert-Stiftung, die Jakob-Kaiser-Stiftung (CDU), an deren Stelle ab 1995 die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung (PDS/Linke), die Karl-Hamann-Stiftung (FDP) und die Grundtvig-Stiftung (Bündnis 90). Ab 1994 erhielten nach einem adäquaten Schlüssel auch die den Parteien nahe stehenden kommunalpolitischen Vereinigungen bzw. Stiftungen zur Herausbildung und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung Zuwendungen: die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik, die Märkische Kommunalhilfe (CDU), das Kommunalpolitische Forum Land Brandenburg (Linke), die Karl-Hamann-Stiftung und die Grün-bürgerbewegte Kommunalpolitik Land Brandenburg.

Zweitens erhielten sich *Einrichtungen der Erwachsenenbildung mit ostdeutschen Traditionen*. Bei ihnen waren Themen politischer Bildung nur ein Teil eines breiten Bildungsspektrums. Ein Beispiel der erfolgreichen Transformation traditioneller ostdeutscher Bildungsstrukturen in die freie Trägerlandschaft war das 1991 gegründete Landesbildungswerk des Brandenburgischen Kulturbundes. Es nutzte die erhaltene dezentrale Gliederung des Kulturbundes der DDR und konnte so ein vielfältiges Bildungsangebot über weite Landesteile

präsentieren. Das URANIA-Bildungswerk „Bertha von Suttner“, ein weiteres Beispiel aus dieser Trägergruppe, setzte sich u. a. mit Brandenburger Landesgeschichte auseinander.

Drittens entstanden *Trägervereine* in sozialen, kulturellen oder interkulturellen Bereichen *mit spezifischer*, oft an der Klientel orientierter *inhaltlicher Ausrichtung*, z. B. die Akademie 2. Lebenshälfte, das Forum Ost-West Potsdam, die RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie), die Deutsche Gesellschaft u. a. Exemplarisch für diese Gruppe von Trägern auch unter den spezifischen Anforderungen Brandenburgs stand auch die 1991 gegründete Deutsch-polnische Gesellschaft Brandenburg. Ihre Tätigkeit richtete sich insbesondere an Kommunalpolitiker, Verbände, Vereine und Initiativen im grenznahen Raum. Sie wollte dazu beitragen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und eine politische Kultur der Verständigung und Kooperation zwischen Polen und Deutschland zu entwickeln.

Viertens bildeten sich *lokale Bildungsvereine* wie BBZ (Bildung-Begegnung-Zeitgeschehen) Bernau oder die Eggersdorfer Seminare, deren Themen vorrangig auf die Geschichte und aktuelle Situation ihrer Region ausgerichtet waren. Der 1991 gegründete Verein Eggersdorfer Seminare gehörte zu den Spezifika der Brandenburger Bildungslandschaft. Er war die einzige Neugründung eines politischen Bildungsträgers in einer Region, in der – weil hier das Verteidigungsministerium der DDR seinen Sitz hatte – viele ehemalige Angehörige der NVA wohnten. Sie waren eine vorrangige Zielgruppe dieses Bildungswerks.

Und fünftens gründeten sich *Vereine mit eigenen Arbeits- und Begegnungsräumen sowie Übernachtungsmöglichkeiten*. Mit einer guten Küche waren sie für Mehrtagesveranstaltungen geeignet und trugen individuellen Ansprüchen von Tagungsteilnehmern Rechnung. Dazu gehörte z. B. das 1991 gegründete Bildungs- und Kulturhaus „Villa Fohrde“ mit mehrtägigen Veranstaltungen für Frauen und Mädchen, Antirassismus-Seminaren, Ost-West-Begegnungen oder politisch-ökologischen Veranstaltungen.

Als Brandenburgs eigene Trägerlandschaft erst im Entstehen begriffen war, wurden auch *Träger aus dem Partnerland Nordrhein-Westfalen* gefördert, die ihre Aktivitäten auf Brandenburg ausdehnten. Beispiele dafür sind das Humanistische Union Bildungswerk Nordrhein-Westfalen oder das deutschland- und europapolitische Bildungswerk Tecklenburg.

Doch schon 1993 war eine Vielzahl von Brandenburger Trägern entstanden. In diesem Jahr wurden über 900 Förderanträge gestellt. Davon erhielten 104 Träger Mittel zur Förderung von Projekten.

Große Träger erhielten auf der Grundlage eines *Jahresprogramms* Zuwendungen in einem beträchtlichen Volumen. Dieses umfasste in der Anfangsphase neben der Projektförderung auch eine *Anschubfinanzierung*. Im Jahr 1993 waren dies 19 Zuwendungsempfänger.

Exemplarisch dafür stehen die folgenden Träger.

- das gemeinsame Bildungswerk des Landeshochschulverbandes und des DGB „Arbeit und Leben“ mit einer arbeitnehmerorientierten Bildungsarbeit, die über die Zusammenhänge von Arbeitswelt und Politik orientierte, ebenso das DGB-Bildungswerk „Wilhelm Leuschner“;
- das Landesbildungswerk Brandenburg der Arbeiterwohlfahrt mit Anti-Rassismus-Seminaren;
- die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft, die mit ihrer Bildungsarbeit u. a. Deutschstämmige oder jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen UdSSR mit dem politischen System der Bundesrepublik vertraut machte;

- der Bernauer Verein BBZ, der sich u. a. der biografischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Frauenbildungsarbeit zuwandte;
 - das Bildungswerk Brandenburg der Deutschen Gesellschaft mit einem inhaltlich sehr breit gefächerten Programm;
 - das Brandenburger Bildungswerk „Pro Europa“ mit einem internationalen Programm, das vorwiegend auf Osteuropa ausgerichtet war.
- Die Höchstsumme, die auf der Grundlage eines Jahresprogramms bewilligt wurde, betrug 1993 60 000 DM. Sie ging an neun Träger.

Darüber hinaus wurden Einzelprojekte in großer Zahl gefördert. Ein Teil der Träger, die sie realisierte, stellte im Jahresturnus Anträge, andere nur gelegentlich. Gemeinsam war ihnen allen eine politische Bildungsarbeit auf hohem Niveau, die durch interessante Vorhaben Aufmerksamkeit in der Region fanden. Dafür stehen beispielhaft

- die Fördergemeinschaft Lindenstraße auf dem Gelände des früheren Stasigefängnisses in Potsdam;
- der Bürgerbund Nordheim mit Projekten zur Geschichte des Raumes Strausberg;
- die Deutsch-Französische Gesellschaft mit Antikriegsprojekten auf der Grundlage von Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg;
- die Domowina als Interessenvertretung der Sorben;
- das Deutsch-Polnische Literaturbüro;
- die Frauenbildungsstätte Franzenhof;
- der Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte mit Angeboten für die ältere Generation.

Die höchste Fördersumme erhielt 1993 mit 166 000 DM das Märkische Arbeitnehmer Bildungs- und Beratungswerk. Doch auch mit kleineren Beträgen wurden interessante und bedeutsame Einzelprojekte bedacht. So gingen 660 DM an die Kreisvolkshochschule Prenzlau oder 720 DM an den Historischen Verein Frankfurt/Oder.

Seit 1995 wurden Fördermittel für die außerschulische Jugendbildung an regional tätige freie Träger über die örtlichen Jugendämter ausgereicht. Im Unterschied zur sonstigen Haushaltsentwicklung wurden in den 1990er Jahren diese Mittel sogar aufgestockt: von 121 000 DM 1995 auf 184 000 DM 1997.

Anfänglich überwogen Träger aus der Potsdam und dem Umland, doch trat an die Stelle dieser Dominanz der Landeshauptstadt allmählich regionale Symmetrie. Etliche Vereine hatten sich früh in Frankfurt/Oder und in den östlichen Regionen gebildet, desgleichen im Norden Brandenburgs, z. B. die Europa-Union Uckermark. In der Lausitz vollzog sich dieser Prozess erst in den Folgejahren.

Die politischen Bildungsveranstaltungen wiesen eine große inhaltliche Vielfalt auf. Anfangs überwogen geschichtliche Themen. So beschäftigte sich 1993 fast ein Viertel der Projekte mit Problemen der jüngsten Geschichte, insbesondere der Aufarbeitung von DDR-Geschichte. Relativ viele Veranstaltungen befassten sich auch mit Themen aus den Bereichen Jugendpolitik, Außenpolitik, Bildung und Wissenschaft, Sozialpolitik. Die Themen Ausländerpolitik, Frauenpolitik, politisches System, Wirtschaft und Rechtsstaat gewannen erst später an Gewicht. Und noch weniger angeboten wurden anfänglich die Themenkomplexe Kommunalpolitik, Gewaltprävention, Arbeitsmarktpolitik. 1996 waren die Debatten um den Volksentscheid über ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg ein thematischer Schwerpunkt der geförderten Maßnahmen. Besonders im Berlin nahen Raum setzten sich Träger mit Problemen des regionalen Zusammenwachsens auseinander und mit den Auswirkungen einer möglichen „Länderehe“ für die Kommunen und für die Menschen.

Einige Beispiele veranschaulichen die inhaltliche Vielfalt der geförderten Projekte und die Suche der Träger nach adäquaten und interessanten Bildungsformen. Die Theaterturnee „Beschädigte Seelen“ über Aktivitäten des DDR-Staatssicherheitsdienstes gegenüber Kindern und Jugendlichen war von Diskussionsabenden begleitet, in denen auch Betroffene auftraten. Das Filmprojekt „Zehdenick - Schöne Stadt mit Nazis?“ zeigt die Folgen eines Anschlags auf einen jüdischen Friedhof und fragt, inwieweit hinter einer schönen Fassade Kommunalpolitiker und Bürger Antisemitismus und rechtsextremes Gedankengut dulden. Ein anderes Projekt organisiert in einer „Foto-Werkstatt generationenübergreifende Begegnungen. In der Veranstaltung „Auf dem Weg nach Europa“ simulierten jüngere Teilnehmer Abgeordnete des Europäischen Parlaments und machten sich auf diese Weise mit Aufgaben und Zielen der EU vertraut. „Grenzstädte – Grenzregionen“ organisierten deutsch-polnische Begegnungen von Senioren aus Orten beiderseits von Oder und Neiße. Das Geschichtsforum „10 Jahre Neuhardenberg“ – der Ort war in der DDR in „Marxwalde“ umbenannt worden – war u. a. mit einer Publikation, Ortsführungen und einem Post-Sonderstempel verbunden.

Die thematische und methodische Vielgestaltigkeit spiegelt auch die differenzierte Interessenlage der Veranstaltungsteilnehmer wider und deren berufliche Herkunft. Unter den Teilnehmern dominierten Studenten und Auszubildende, gefolgt von Lehrern und Wissenschaftlern bzw. Senioren aus diesen Berufsgruppen. Theologen, Juristen, Künstler oder Soldaten besuchten nur in Ausnahmefällen die Veranstaltungen der freien Träger. Ausländer waren in der Regel nur bei den Projekten zu Gast, die gezielt auf deren Interessenlagen eingingen. Bedauerlicherweise erschienen auch Politiker kaum, es sei denn, sie wurden als Referenten gezielt eingeladen.

Relativ ausgeglichen war die Altersstruktur der Besucher. Erfreulicherweise waren viele Jugendliche – sogar solche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten – Gäste der geförderten Veranstaltungen. Etwas größer war das Interesse unter den weiblichen Besuchern, vor allem bei den jüngeren Altersgruppen. Nur bei den 40- bis 60jährigen überwogen Männer. In den ersten Jahren dominierten bei den Veranstaltungsformen Seminare mit 80 %.

4.3 Förderrichtlinien

Rechtsgrundlage für die Förderung der politischen Bildungsarbeit freier Träger sind die Förderrichtlinien, deren Ziel es ist, ein überparteiliches und politisch ausgewogenes Bildungsangebot aufrechtzuerhalten, das hohen qualitativen Maßstäben entspricht und alle Regionen des Landes erreicht. Die Richtlinien definieren inhaltliche und didaktische Grundsätze, die für eine Förderung maßgeblich sind: die Vermittlung von Informationen zu aktuellen und historischen Fragen, zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Minderheiten und zu internationalen Fragen, die zur Teilnahme am politischen Diskurs befähigen und die in den Regionen des Landes angeboten werden. Während diese inhaltlichen Grundsätze unumstritten sind, wurden auf der Suche nach deren effektivster Regelung allein bis 1998 vier Förderrichtlinien erlassen. Die erste datiert vom 30. Juni 1992. Nach deren Überarbeitung trat eine neue am 10. März 1996 in Kraft. Auf deren Grundlage konnte die Landeszentrale erfolgreich arbeiten, weil sie eine Reihe von Verbesserungen enthielt. Von Bedeutung war insbesondere die Gewährung einer Verwaltungskostenpauschale. Weiter gab es u. a. Pauschalen für Unterkunft und Verpflegung, eine projektbezogene anteilige Finanzierung des Aufwandes für Vorbereitung, Koordinierung und Nachbereitung von Projekten. Die Antragsteller hatten einen angemessenen Eigenanteil zu gewährleisten. Gut etablierte Träger erhielten Zuwendungen auf der Grundlage eines Jahresprogramms. Die Förderung auswärtiger Bildungsträger war nunmehr ausgeschlossen.

Dennoch gab es im Umgang mit der neuen Richtlinie einige Probleme, so dass der Hauptausschuss des Landtags bereits im November 1996 einstimmig deren Überarbeitung verlangte. Ein Streitgegenstand, der in Brandenburg von erheblicher Dimension war, war die so genannte „Landeskinderklausel“ der Richtlinien in der Fassung von 1996. Diese schrieb vor, dass bei geförderten Veranstaltungen mit bis zu 30 Teilnehmern alle ihren Wohnsitz in Brandenburg haben mussten, bei mehr als 30 Teilnehmern mindestens die Hälfte. Diese Vorschrift kollidierte mit dem engen Beziehungsgeflecht der Trägerlandschaft im Raum um Berlin und längs der Grenze zu Polen. So konnten wegen dieser Klausel 1996 nach Auswertung der Teilnehmerlisten 44 Veranstaltungen von 16 Trägern nicht als förderwürdig anerkannt werden. In besonderem Maße war die Deutsch-Polnische Gesellschaft betroffen, die mit der Einbeziehung polnischer Teilnehmer ausdrücklich den Grundsätzen der Landesverfassung, jedoch nicht der „Landeskinderklausel“ entsprach.

Ein weiteres Problem waren die restriktiven *Ausschlussbedingungen* für die Projektförderung. Erst die vom Landtag geforderte Neufassung der Förderrichtlinie ermöglichte die Förderung von Studienreisen zu Zwecken der politischen Bildung. Ferner konnten nun bei Maßnahmen mit internationalen oder länderübergreifenden Bildungsinhalten auch Reisekosten gefördert werden.

Auch die *Träger* mussten ihren Umgang mit den Förderrichtlinien vervollkommen. Viele mussten insbesondere lernen, komplementäre Fördermöglichkeiten zu nutzen, d. h. nicht nur andere „Fördertöpfe“ im Land, sondern auch Bundes- oder Europamittel vor allem aus regionalen Programmen in die Projektförderung einzubeziehen.

Das Bestreben, die Förderregeln weiterzuentwickeln, führte zu neuen Richtlinien am 24. Juni 1997 und schon ein halbes Jahr darauf wieder zu einer Neufassung vom 2. Januar 1998. Diese war aber wiederum umstritten, weil sie die politische Förderung von Jugendprojekten ausschloss. Diese Regelung kollidierte jedoch mit der zunehmenden Verbreitung von rechtstextremistischem Gedankengut unter Jugendlichen, was gerade für die politische Bildung eine Herausforderung darstellte. Nachdem der Gegensatz in der Öffentlichkeit auf Unverständnis gestoßen war, räumten ihn die Beteiligten einvernehmlich aus der Welt. Eine Förderung durch die Landeszentrale war nunmehr möglich, wenn das Ministerium für Bildung Jugend und Sport keine Mittel zur Verfügung stellen konnte, das Projekt aber befürwortete.

Der entscheidende Schritt bei der Suche nach einer effektiven, unbürokratischen und trägerfreundlichen Förderrichtlinie erfolgte mit der am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Förderrichtlinie. An die Stelle der bisher praktizierten Fehlbedarfs- trat die teilnehmerbezogene Finanzierung. Nach diesen Prinzipien wird die Förderung von Projekten politischer Bildung seitdem gehandhabt. Sie haben sich bewährt.

Nicht zuletzt infolge permanenter Mittelkürzungen befand sich die Landeszentrale in einer Situation, in der die Zahlen der Förderanträge und der Bewilligungen immer mehr auseinander trifteten. Dies führte zwar dazu, dass immer mehr Anträge abgelehnt werden mussten. Zugleich mussten im Rahmen der von der Richtlinie festgelegten Schwerpunkte und der vorgegebenen inhaltlichen und regionalen Ausgewogenheit immer höhere Qualitätsmaßstäbe angelegt werden. Ziel der Landeszentrale im Umgang mit den Anträgen ist es, deren Bearbeitung so einfach wie möglich und zugleich so präzise wie nötig zu gestalten. Qualitätskonferenzen aller verantwortlichen Mitarbeiter der Landeszentrale entscheiden deshalb seit langem gemeinsam, welchen Förderanträgen entsprochen wird.

4.4 Probleme

Ein permanentes Problem mit existenziellen Dimensionen für viele Träger politischer Bildung war ihre ständig schrumpfende finanzielle Ausstattung. Waren 1993 noch ca. 5,6 Millionen DM Gesamtfördermittel ausgereicht worden, so waren es 1999 nur noch ca. 4,1 Millionen DM. Diese Haushaltsentwicklung kollidierte mit der Entfaltung der Trägerlandschaft. Da die Zahl der förderberechtigten parteinahen und der kommunalpolitischen Stiftungen konstant blieb oder abnahm, trugen die freien Träger die Hauptlast der Sparmaßnahmen. Allein im Zeitraum 1995 bis 1998 musste die Landeszentrale etwa 40 % der Mittel für Projektförderungen einsparen. Zusätzlich erschwerten Haushaltssperren die Handlungssicherheit der Träger und die Entscheidungen der Landeszentrale. In höchstem Maße einschneidend war die Sperre vom Sommer 1996. Weil nach der allgemeinen Verkündung ihre konkrete Höhe im Förderbereich nicht feststand, musste die Landeszentrale im ungünstigsten Fall davon ausgehen, ihre Förderung gänzlich einstellen zu müssen. Unter den Trägern breitete sich Existenzangst aus. Wenn es auch dazu nicht kam, so war die Verringerung der Mittel für Projektförderung um über 600 000 DM die schmerzhafteste in der Geschichte der Landeszentrale.

Zwar gab es neben der Projektförderung durch die Landeszentrale die Möglichkeit der Förderung auf der Grundlage des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes von 1993, das auf die Gewährleistung der regionalen Grundversorgung der Weiterbildung ausgerichtet war. Jedoch waren die freien Träger der politischen Bildung wegen ihrer überregionalen, themen- oder klientelspezifischen Orientierung nur in Ausnahmefällen Nutznießer dieses Gesetzes. Von den 60 Projektträgern, die 1997 durch die Landeszentrale gefördert wurden, waren lediglich sieben als Träger der Weiterbildung durch dieses Gesetz anerkannt. So hing die Arbeitsfähigkeit der großen Mehrzahl der freien Träger von der Förderung durch die Landeszentrale ab.

5. Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung

5.1 Kooperationsveranstaltungen als Ausgangspunkte

In der Konstituierungsphase der Landeszentrale dominierten Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale und vor allem mit der Partnerzentrale. Veranstalter waren überwiegend nordrhein-westfälische Institutionen; die Landeszentrale trug die Finanzierung anteilig mit. Oft handelte es sich um Veranstaltungsreihen, die sich seit Jahren bewährt und nun fortgeführt wurden. So wurden zu den traditionsreichen „*Bonner Lehrerseminaren*“ nun auch Brandenburger Lehrer eingeladen. Die Seminare veranschaulichten – auch mit Teilnahme an Sitzungen von Bundestag und Bundesrat und Begegnungen mit Abgeordneten – politische Sachverhalte und Problemlagen. Sie ermöglichten einen unmittelbaren Eindruck vom Funktionieren politischer Institutionen. Seit der deutschen Vereinigung waren sie auch Orte der Begegnung zwischen Menschen aus Ost und West. Die Hälfte der verfügbaren Plätze blieb deshalb Teilnehmern aus den neuen Ländern vorgehalten.

Diese wie auch andere Veranstaltungen basierten meist auf konzeptionellen Vorarbeiten der Partner, die nun die Interessenlage der neuen Länder berücksichtigten. 1992 war der am häufigsten angebotene inhaltliche Schwerpunkt der europäische Einigungsprozess, oft in Verbindung mit Fragen von Ausländerpolitik und Integration. Dazu gehörten z. B. die Seminare „Deutsche und europäische Einigung – Bürger und Staat im Wandel“, „Sozialraum Europa“, „Ausländerpolitik in der Bundesrepublik“ oder „Was heißt Integration?“. Wie auch

die Bonner Lehrerseminare richteten sich diese Veranstaltungen oft an spezielle Zielgruppen wie Kommunalpolitiker, Polizeibeamte, Gewerkschafter oder Ausländerbeauftragte, auch an ausländische Mitbürger. In der Regel fanden die Veranstaltungen in verschiedenen Orten Nordrhein-Westfalens statt, einige auch am Europa-Institut Berlin. 1992 war Prieros bei Königs Wusterhausen der einzige Veranstaltungsort im Land Brandenburg. Hier fand u.a. ein Seminar für Betriebsräte und Gewerkschafter aus Brandenburg und Nordrhein-Westfalen über aktuelle sozialpolitische Fragen statt.

Die enge Zusammenarbeit, in der die Landeszentrale des Partnerlandes ihr Potenzial Brandenburger Interessenten öffnete, wurde vor allem für bestimmte Multiplikatorengruppen für längere Zeit fortgesetzt. Vorrangige Zielgruppe waren Lehrer. So boten die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung zusätzlich zu den „Bonner Lehrerseminaren“ seit 1994 die „*Berliner Lehrerseminare*“ an; ihre thematischen Schwerpunkte waren z. B. 1996 das jüdische Leben in Berlin, die Zukunft der westlichen Demokratie, Gewalt bei Kindern und Jugendlichen, Auftrag und Arbeitsweise des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Die von der Landeszentrale Nordrhein-Westfalen für Pädagogen aller Bundesländer konzipierten „*Europa-Lehrerseminare*“ zu Fragen der europäischen Integration fanden in Bonn und Brüssel statt. In den Seminaren „*Polnische Deutschlehrerinnen und -lehrer überprüfen ihr Deutschlandbild*“ konnten sich diese ein authentisches Bild über die Entwicklung in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen machen.

Über Jahre gab es auch noch die Seminare „*Landeshauptstadt transparent*“ für kommunale Führungskräfte und leitende Mitarbeiter der Landesregierung. Parlamentarier, Mitarbeiter der Exekutive, von Verbänden, Medien und Wissenschaftler machten anhand ihrer Tätigkeit politische Zusammenhänge deutlich.

In den 1990er-Jahren wurden weitere Kooperationsbeziehungen hergestellt. Diese richteten sich oft an bestimmte Zielgruppen wie Jugend- und Sozialarbeiter, Lehrer, Soldaten. So gab es seit 1992 in Zusammenarbeit mit der *Bundeswehr* Trainingseinheiten zur politischen Bildung für Offiziere der Bundeswehr im ostbrandenburgischen Kienbaum. 1996 wurden neben den genannten die folgenden Kooperationsveranstaltungen durchgeführt:

- eine Veranstaltung zur Gedenkstättenpädagogik in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten;
- ein mehrtägiges internationales Seminar für Polizeiangehörige aus mehreren Bundesländern und aus Polen, Weißrussland, der Ukraine und des Benlux-Staaten in Kooperation mit den Landeszentralen für politische Bildung Thüringen und Nordrhein-Westfalen;
- Veranstaltungen zur Qualifizierung von Führungs- und Lehrkräften der Landespolizei Brandenburg mit einer Reihe kooperierender Institutionen, z. B. der Ausländerbeauftragten;
- die Fachtagung „Vorreiter einer gemeinsamen Zukunft – Zur Arbeit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung“ über die Auswirkung von deren Arbeit auf Verbände, Vereine und gesellschaftliche Organisationen in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Brandenburg und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin;
- die gemeinsame Tagung mit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulverbänden beider Länder zum Thema „Das Selbstverständnis der politischen Bildung an Volkshochschulen“ über den Einsatz moderner Methoden bei der Vermittlung politischer Bildungsinhalte;
- „Deutsche Einheit – ohne Einheit der deutschen Geschichte?“, eine Fachtagung für Politiklehrer und Multiplikatoren in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, den beiden Landesinstituten für Lehrerfortbildung, den

Landesverbänden für Geschichtslehrer und der Deutschen Vereinigung für politische Bildung über die Wandlung geschichtlicher Interpretationen in den beiden deutschen Staaten;
- in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium und der RAA die Fachtagung über die NS-Zeit und das Ende der poststalinistischen Diktaturen in der politischen Bildung unter dem Titel „Im Jahr nach dem 50. Jahrestag der Befreiung – wie weiter?“

Weitere Kooperationspartner für einzelne Veranstaltungen oder Reihen in den 1990er-Jahren waren u. a. im Land Brandenburg der Arbeitslosenverband, das Oberstufenzentrum Uckermark, das Petrochemische Kombinat Schwedt, in den alten Ländern das Bildungsforum Gelsenkirchen, die Volkshochschule Soest, die Akademie des Deutschen Beamtenbundes Schleswig-Holstein.

In dem Maße, in dem die Landeszentrale ihre knapper werdenden Mittel unter konzentrierter Berücksichtigung ihrer gesetzlichen Aufgaben einsetzte und die Kooperationspartner eigene Verantwortungen für ihre speziellen Bildungsaufgaben übernahmen, wurden einige dieser Kooperationsbeziehungen nicht weiter fortgeführt. Und zeitgleich mit den Kooperationsveranstaltungen konzipierte die Landeszentrale ihr eigenes Veranstaltungsprofil, das an den spezifischen Belangen Brandenburgs orientiert war und im Unterschied zur Vielgestaltigkeit der Anfangszeit stärker auf Kernfragen politischer Bildung konzentrierte.

5.2 Konferenzen und Tagungen

Im Veranstaltungsspektrum der Landeszentrale nahmen die Konferenzen und Tagungen einen besonderen Rang ein. Sie erstreckten sich zuweilen über mehrere Tage, fanden in einem größeren öffentlichen Rahmen statt und wurden oft gemeinsam mit wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes Brandenburg oder anderen kompetenten Partnern auch aus dem Ausland durchgeführt. Ihr Ziel war es, umfassende politisch-kulturelle oder historische Themenkomplexe zu diskutieren, um mit den erzielten Lösungsansätzen zu Erkenntnissen über die jeweilige Materie beizutragen und Multiplikatoren und Interessenten anzuregen, sich mit ihr weiter zu befassen. Nicht selten wurden ihre Beiträge deshalb in Publikationen der Landeszentrale dokumentiert.

Die Konferenzen konzentrierten sich vor allem auf drei thematische Komplexe: auf aktuelle Fragen der deutschen und der europäischen Entwicklung, auf zeitgeschichtliche Probleme und deren Bezug zur Gegenwart sowie auf die Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit in Brandenburg. Von einigen Konferenzen war bereits die Rede: „Brandenburg – Preußens Erbe?“ und den Seniorenkonferenzen. Die folgenden Beispiele sollen die inhaltliche Ausgestaltung der drei Themenkreise, die Fülle partnerschaftlicher Beziehungen bei der Umsetzung und die konzeptionelle und didaktische Vielfalt der Veranstaltungen weiter veranschaulichen.

Mit *aktuellen Problemen* befasste sich z. B. die Konferenz „Europa-Wahlen 1994. Brandenburg auf dem Weg nach Straßburg“, die gemeinsam mit der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft organisiert wurde. Über 300 Multiplikatoren, Vertreter von Parteien und Verbänden sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutierten in dieser zweitägigen Veranstaltung im Vorfeld der Europa-Wahlen vom Juni 1994 eine breite Palette europapolitischer Themen und die Perspektiven des europäischen Einigungsprozesses. Brandenburger Kandidatinnen und Kandidaten stellten die Schwerpunkte ihrer künftigen parlamentarischen Arbeit vor. Einen internationalen Rahmen hatte auch die 1996 durchgeführte mehrtägige Konferenz „Integration und Wandel in postkommunistischen Gesellschaften“, die nicht nur den konfliktreichen Transformationsprozess in den Ländern

Ost- und Ostmitteleuropas zum Inhalt hatte, sondern auch dessen Auswirkungen auf ganz Europa. Sie fand in Partnerschaft mit dem Berlin-Brandenburgischen Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit statt. Ebenfalls auf ein gesamteuropäisches Themenfeld ausgerichtet war die Konferenz „Osterweiterung der NATO“, veranstaltet gemeinsam mit dem Potsdamer Verein WeltTrends und dem Westinstitut in Poznan/Polen. Über die Frage der Osterweiterung der NATO hinausgehend diskutierte sie auch eine Erweiterung der EU nach Osteuropa.

Vor allem Jahrestage boten Anlass, sich markanten Zäsuren in der *Geschichte* und deren Nachwirkung auseinander zu setzen. So führten die Partnerzentralen Brandenburg und Nordrhein-Westfalen im Potsdamer Landtag eine gemeinsame Konferenz zum 50. Jahrestag des Attentats auf Hitler durch. Unter dem Titel „Das andere Deutschland. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Mythos und Vermächtnis“ wandte sie sich vor allem der Frage zu, wie in beiden deutschen Staaten der Widerstand unterschiedliche gesellschaftliche Aneignung erfuhr und auch politisch instrumentalisiert wurde. Die Beiträge dieser Konferenz wurden publiziert. Zum 50. Jahrestag der Potsdamer Konferenz fand das internationale Symposium „Potsdam 1945 – 1995“ statt, das die Landeszentrale und das Historische Institut der Universität Potsdam in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten im Schloss Cecilienhof durchführten. Deutsche, polnische, russische und britische Fachleute referierten zur Deutschland- und Europapolitik am Ende des Zweiten Weltkrieges und spannten einen Bogen zur Gegenwart.

Mehrere Konferenzen setzten sich mit Grundfragen der *politischen Bildung* und mit effektiven Wegen ihrer praktischen Gestaltung auseinander. Nach dreijähriger Aufbauphase zogen Landeszentrale und freie Träger in einer dreitägigen Konferenz in Beeskow Bilanz der bisherigen Arbeit und diskutierten Probleme und künftige Arbeitsschwerpunkte. Ende 1996 setzte eine Konferenz mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und dem Bildungsforum Potsdam die Debatte fort, beriet die weitere Profilierung, neue Methoden und Kooperationsmodelle. Der wachsenden Bedeutung des Rechtsextremismus in der Arbeit aller Zentralen für politische Bildung nahm sich die Fachtagung „Rechtsextremismus im Internet“ im Juni 1999 an. Mit einer Bestandaufnahme der entsprechenden pädagogischen Initiativen sowie der Aktivitäten des Verfassungsschutzes und der Bundeswehr verknüpfte sie die daraus abzuleitenden aktuellen Aufgaben für die Landeszentralen.

5.3 Neues Haus – neue Veranstaltungsstruktur

Mit dem Umzug in das neue Haus in der Heinrich-Mann-Allee stand ab 1996 ein repräsentativer Raum für etwa 70 Besucher zur Verfügung, der zu Ideen über verschiedene Arten von Veranstaltungen herausforderte. Deshalb entwickelte die Landeszentrale einen geregelten Turnus von Veranstaltungen unterschiedlicher thematisch-methodischer Reihen. Zum Teil setzten diese bereits bestehende, in fremden Räumlichkeiten durchgeführte Reihen fort bzw. entwickelten diese weiter. Andere wurden neu konzipiert. An jedem jeweils ersten bis vierten Mittwoch im Monat fand eine dieser Reihen statt. Donnerstags wurden Kolloquien, Foren oder Fachtagungen durchgeführt. Diese zyklische Form ermöglichte den Interessenten, sich langfristig auf Veranstaltungen ihrer Wahl einzustellen. Und weil in den öffentlichen Räumen der Landeszentrale Ausstellungen zu sehen waren, konnten die Gäste den Besuch von Veranstaltungen mit dem von Ausstellungen verbinden.

Der jeweils erste Mittwoch war der Reihe „*KunstMachtPolitik*“ gewidmet. Als Instrumente schöpferischen und freien Denkens und Gestaltens wurden Kunst und Kultur hier zu nachhaltig wirkenden Medien politische Bildung. Der Zyklus knüpfte an die Reihe „*Deutsche*

Widersprüche – deutsche Liedersprüche“ an, die es bereits seit 1991 gab. Diese verband Populär- und Kleinkunst mit spezifischen Hochkulturangeboten und präsentierte grenzübergreifende Formen von Kunst und Kultur mit dem Anspruch, in politische Diskurse einzugreifen. Bekannte Künstler aus dem deutschsprachigen Raum, unter ihnen Konstantin Wecker, Stephan Krawczyk und Gerhard Gundermann, gaben in diesen „Werkstätten für politische Kunst“ Konzerte und diskutierten, wie sich politische Entwicklungslinien und auch Diskrepanzen in der Kunst widerspiegeln und auf welche Weise Kunst auf Politik und Gesellschaft wirkt. Weil viele dieser Veranstaltungen in Kooperation mit einem Radiosender stattfanden, hatte ein Interessentenkreis weit über Potsdam oder das Brandenburg hinaus Zugang zu ihnen. Sendungen über oder aus der Werkstatt strahlten neben den Sendern der Region der Deutschlandfunk Köln, der Mitteldeutsche und der Schweizer Rundfunk aus. Außerdem wurden Protokolle, Aufsätze und Betrachtungen der 1994er Veranstaltung von der Landeszentrale publiziert. Die Werkstattreihe wurde Ende 1995 als „KunstMachtPolitik“ weitergeführt, die sich in ihrer ersten Veranstaltung unter dem Titel „Deutschland: Außensichten – Innensichten“ mit der historischen und politischen Zuordnung künstlerischer Ausdrucksformen auseinander setzte. 1996 wurde die Reihe – nunmehr im neuen Haus der Landeszentrale – mit vier Veranstaltungen unter dem Motto „Ordnung und Chaos“ fortgesetzt.

Der „*Politische Salon*“ - an jedem zweiten Mittwoch – bot Möglichkeiten an, mit Persönlichkeiten oder Vertretern von Bürgerinitiativen zusammenzukommen. Diese stellten ihre für die politische Kultur beispielhaften Aktivitäten vor und empfahlen sich so der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, auch der Politik und Verwaltung. Die Präsentation von kreativem Handeln war geeignet, zu ähnlichem Engagement anzuregen, Impulse für mutige, vielleicht risikobehaftete Projekte zu geben oder das Handeln verschiedener Interessengruppen miteinander zu verbinden.

Der „*Medien-Mittwoch*“, der jeweils am dritten Mittwoch stattfand, gab Medienpraktikern ein Forum, ihre Werke zu präsentieren, sich darüber auszutauschen oder neue Trends in der Medienentwicklung zu ergründen. Junge Filmemacher erhielten ein Podium zu Kontakten mit der Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen fragten nach den Möglichkeiten, die die neuen Medien und Kommunikationstechnologien für die demokratischen Willensbildung und politische Partizipation boten. Es gab Filmpremieren, Videoabende, Hörspiele usw.

Der vierte Mittwoch war dem Zyklus „*nachLese. Das politische Buch*“ vorbehalten, der eine Brücke bauen wollte zwischen Autoren politischer Bücher und ihren Lesern. Publikationen und Publikationsreihen der Landeszentrale, wurden hier vorgestellt. Autoren erhielten Gelegenheit, sich und ihre Werke zu präsentieren; Verlage konnten Leser mit ihren Programmen bekannt machen.

In den folgenden „nachLese“-Veranstaltungen stellten die Autoren die ersten Hefte der von der Landeszentrale herausgegebenen Publikationsreihen „Brandenburgische Historische Hefte“ und „Internationale Probleme und Perspektiven“ vor und stellten sich den Fragen der Besucher.

In den Veranstaltungen der Reihe „*Colloquium Brandenburg*“ diskutierten Vertreter von Legislative und Exekutive mit Wissenschaftlern und Interessenten über spezifische Problemfelder der Landespolitik und ihre Auswirkungen auf Kommunal- und Bundespolitik. Die Reihe wurde bereits 1992 entwickelt.

In den halbtägigen Veranstaltungen der Reihe „*Forum Politik*“ wurden aktuelle innen- und außenpolitische Fragen in Vorträgen und Podiumsdebatten zur Diskussion gestellt. Wie auch in den anderen Reihen wurden Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und politischer Praxis eingeladen. In der Folgezeit sollten diese aktuellen Bezüge die Inhalte der Reihe stärker prägen. Sie wurde deshalb als „Forum aktuelle Politik“ fortgeführt.

Das Konzept wurde durch die Reihe „*Europäische Entwicklungen*“ ergänzt, die – ebenso wie „Colloquium Brandenburg“, „Forum aktuelle Politik“ und „nachLese. Das politische Buch“ auf Dauer zum Veranstaltungsspektrum der Landeszentrale gehören sollte. Ihre Themen orientierten sich vorrangig an den engen geschichtlichen, politisch-kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen Brandenburgs zum osteuropäischen Raum. Ihre Veranstaltungen provozierten auch mit ihren Fragestellungen, beispielsweise, inwieweit sich politische Modernisierung in Osteuropa an westliche Leitbilder anlehnen sollte, welche deutschen Interessen die Osterweiterung von EU und NATO beeinflussten oder ob eine europäische Identität „Realität oder Mythos“ sei. Auch aktuelle „europäische Entwicklungen“ wurden thematisiert wie 1999 „Russland vor den Parlamentswahlen“.

Nicht nur mit Veranstaltungen im neuen Haus der Landeszentrale, auch in den Regionen des Landes gab es weiterhin Veranstaltungen. An den Orten ihrer Handlung wurden Publikationen im Rahmen von „*nachLese unterwegs*“ vorgestellt.

5.4 Kunst als Ausdrucksmittel politischer Bildung

Formen von Kunst waren von Anfang an in das Konzept der politischen Bildung in Brandenburg eingebunden, sie prägten ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit und wurden als ein Brandenburger Charakteristikum in den anderen Landeszentralen wahrgenommen und geschätzt. Kunst als politisches Ausdrucksmittel fand sich nicht nur in den Programmen der Landeszentrale, sondern gehörte auch zu den Förderkriterien. Äußerst vielgestaltig waren – neben den Reihen „KunstMachtPolitik“ und „Medien-Mittwoch“ sowie den Ausstellungen – vor allem Mitte der 1990er Jahre Angebote der Landeszentrale, die sich Ausdrucksmitteln der Kunst bedienten.

Zu den *Großveranstaltungen* mit überregionaler Resonanz gehörte das mehrtägige *Perleberg-Festival*. Es wurde gemeinsam mit der Ausländerbeauftragten des Landes und der Stadt Perleberg veranstaltet und fand in jährlichem Turnus statt. Mit Folk und internationaler Musik präsentierte sich Brandenburg hier als tolerantes Land, in dem Ausländerfeindschaft und rechte Gewalt keinen Platz haben. Eine weitere große Veranstaltung fand anlässlich des 50. Jahrestages der DEFA statt. Sie spannte einen Bogen von der langen Geschichte des Medienstandortes Babelsberg bis zu seinen Perspektiven im vereinten Deutschland.

Infolge von Mittelkürzungen konnten einzelne Vorhaben nicht oder nur in vermindertem Umfang fortgeführt werden. Einen Einschnitt stellte vor allem die neue Fachbereichsstruktur ohne den Fachbereich Kultur und Medien dar. Das permanente „Markenzeichen“ politischer Bildung in Brandenburg, das hohes Ansehen genoss, bildeten weiterhin die Ausstellungen.

5.5 Ausstellungen

Unter den künstlerischen Ausdrucksformen politischer Bildung gewannen die Ausstellungen einen immer höheren Stellenwert als Standard politischer Bildung im Land Brandenburg. Sie entsprechen in ganz besonderer Weise dem von der politischen Bildung praktizierten Umgang mit Bildungsinhalten, weil sie keine Denkmuster vorgeben, sondern Anstöße vermitteln, die

dem Betrachter eigene Schlussfolgerung überlassen. Das ehemalige Offizierskasino ist der ideale Ort für umfangreiche, inhaltlich vielseitige und interessante Ausstellungen, die von Potsdamern und auswärtigen Besuchern besucht und – wie ein Blick in das Besucherbuch beweist – sehr geschätzt werden. Beim Abholen von Literatur nutzt mancher die Gelegenheit, die aktuelle Ausstellung anzuschauen. Und nicht wenige suchen eigens wegen der Ausstellungen die Landeszentrale auf. Schulklassen und andere Gruppen bitten um Führungen. Der erzielte Bildungseffekt wird durch begleitende Veranstaltungen und Publikationen vertieft. Die Ausstellungseröffnungen gehören zu den Höhepunkten im Jahresprogramm der Landeszentrale. Einzelne Ausstellungen werden nach ihrer Präsentation in der Landeszentrale als Wanderausstellungen in anderen Orten Brandenburgs gezeigt.

Noch bevor die Landeszentrale ihr neues Domizil bezog, gab es die ersten großen Ausstellungen. Eine solche wurde im Sommer 1995 in der Petrikapelle und im Dom von Brandenburg a. d. Havel gezeigt. Unter dem Titel „Seid ihr alle weg?“ war eine breite Palette politisch inspirierter Bilder zu sehen, deren Schöpfer im Land geblieben oder eine neue Heimat gefunden hatten und nun politisch-künstlerische Akzente setzten. Die erste Ausstellung im neuen Haus der Landeszentrale wurde am 2. September 1996 eröffnet. Der Fotograf Joachim Richau hatte Alteingesessene und Zugezogene aus dem kleinen Ort Beerfelde in den Jahren 1984 bis 1994 mit der Kamera begleitet. Die Ausstellung „Bürger von Beerfelde“ stellte nun den Bezug zwischen persönlichen und politischen Entwicklungen und Wendepunkten her. Die nächste Ausstellung „Ein preußisches Narrenschiff“ mit ernsthaft-nachdenklichen und zugleich hintergründig-humorvollen Zeichnungen und Grafiken des Kleinmachnower Künstlers Rainer Ehrh nahm das in der Nachwendezeit umstrittene Phänomen „Preußen“ aufs Korn. Gesprächsstoff auf dem gesamten Campus bot die Ausstellung „Stühle der Macht“. In und außerhalb der Landeszentrale aufgestellte unterschiedliche Sitzgelegenheiten symbolisierten komplizierte Herrschaftsgefüge mit stabilen und „wackligen“ Thronen für „große“ und „kleine“ Mächtige. Bereits diese Ausstellungen führten auch potenziellen Zweiflern vor Augen, mit welcher Vielfalt an Ausdrucksformen politische Bildung agieren kann.

5.6 Publikationen

Der Ankauf von Publikationen und ihre Vergabe an interessierte Bürgerinnen und Bürger leistet einen wirkungsvollen Beitrag, über politische, historische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Themen zu informieren. Durch die Vergabe von Klassensätzen wurden Schulen und Organisatoren von Bildungsveranstaltungen unterstützt. Eigenpublikationen der Landeszentrale setzen inhaltliche Schwerpunkte der politischen Bildung in Brandenburg. Die bereitgestellten Publikationen umfassen etwa 100 Buchtitel. Ihre inhaltliche Palette umspannt einen weiten Boden. Er erstreckt sich von spezifischen landespolitischen Themen über Kernfragen der Demokratie und des politischen Systems, Probleme bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, historischen Fragestellungen bis zu Gegenständen der internationalen Entwicklung, insbesondere der europäischen Integration. Die Nachfrage nach den angebotenen Publikationen stieg deshalb permanent.

Noch in der Anfangsphase der Landeszentrale wurden im Zusammenwirken der im Aufbau begriffenen Fachbereiche erste *eigene Publikationen* herausgegeben, darunter bereits eine zweisprachige in deutsch und polnisch und „Bei uns drüben“, eine Broschüre, in der Menschen aus Ost und West ihre jeweilige Sicht auf politische Begriffe darstellten. In jenen frühen Jahren prägten auch die Publikationen, die aus Aktivitäten des jungen Fachbereichs Kultur hervorgegangen waren, die öffentliche Wahrnehmung der Landeszentrale. Bereits 1992 erschien die Anthologie junger Schreibender der Oderregion „Gesicherte Verhältnisse“

und der Band „Land ohne Übergang“ mit kommentierten Fotos der zerstörten Brücken an der deutsch-polnischen Grenze, 1993 unter dem Titel „Flügel Schlag“ sehr anregende Gedanken und Bilder Potsdamer Schüler und die Fotochronik „Die Russen gehen“ und seitdem bis heute die ausstellungsbegleitenden Publikationen. Von großer Bedeutung in der Konzeption vor allem der frühen Publikationen war die Zielstellung, die Brandenburger mit den für sie neuartigen gesellschaftlichen Verhältnissen vertraut zu machen und ihnen durch praxisbezogene Informationen den Umgang damit zu erleichtern wie in „Du und dein Bundesland“. Dazu gehörten auch die viel gefragten Schriften, die Landeskunde und -geschichte mit Informationen zum politischen System miteinander verbanden und seitdem in immer neuen Auflagen zum Standardangebot der Landeszentrale gehörten. Solche Überblicksdarstellungen wurden ergänzt durch spezielle Publikationen zur Landes- und zur Kommunalverfassung. Etliche Publikationen setzten sich mit der Geschichte Brandenburgs auseinander. Die Bände „Brandenburg in der NS-Zeit“ und „Was bleibt ist Hoffnung“ mit beschlagnahmten Briefen aus Brandenburger Haftanstalten während der NS-Zeit, 1993 und 1994 erschienen, konnten sich auf eine Vielzahl bislang unbekannter Quellen stützen. Die letzte Publikation war so stark nachgefragt, dass sie noch im Erscheinungsjahr nachgedruckt werden musste. Eine Vielzahl neuer Quellen – teils erst damals aus Moskauer Archiven aufgetaucht – erschloss auch der „Sammelband „Brandenburg im Jahr 1945“, 1995 erschienen, der sich eines sehr großen Interesses erfreute. Herausragende Bedeutung kam den vielen Publikationen zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone und zur DDR zu, insbesondere jenen mit neuen Untersuchungen zur Repressivmaschinerie der Besatzungsmacht und des Staatssicherheitsdienstes. Oft dienten diese Schulen und Multiplikatoren als Grundlage für Veranstaltungen und wurden deshalb in Klassensätzen bestellt. Besondere Erwähnung verdienen die folgenden. Die 1997 erschienene Broschüre „Speziallager des NKWD“ war die erste komplette Darstellung der 1945 bis 1949 in Brandenburg existierenden sowjetischen Internierungslager. „Jugend im Visier der Stasi“ (2001) schildert eindrucksvoll, wie der Staatssicherheitsdienst sein Überwachungssystem bis in Schulen und Jugendeinrichtungen ausdehnte. In der Broschüre „Von Potsdam nach Workuta“ werden in Erinnerungen deutscher und russischer Häftlinge des KGB-Gefängnisses in der Potsdamer Leistikowstraße die Leiden Betroffener, die Folterpraktiken mit erzwungenen Geständnissen lebendig, die oft mit Todesurteilen oder Deportationen in russische Straflager endeten. Weil es eine ähnliche Publikation bis heute nicht gibt, diente sie über Jahre als einziges Begleitbuch in der heutigen Gedenkstätte. Auch einer breiten Palette aktueller Probleme und Fragestellungen wandten sich die Eigenpublikationen zu, z. B. Studien zur Situation von Jugendlichen in Brandenburg oder in „Vergangenheitsbewältigung 1945 – 1989. Ein unmöglicher Vergleich?“ dem diffizilen Problem von Diktaturvergleichen. Eine besondere Position in der langen Liste der Eigenpublikationen der Landeszentrale nimmt die Broschüre „Jüdische Kultur und Geschichte“ ein. Sie erschien seit 1995 in vielen Auflagen, wurde von den meisten Zentralen politischer Bildung nachgedruckt und vom Autor Peter Ortog inzwischen um „Islamische Kultur und Geschichte“ und „Christliche Kultur und Geschichte“ ergänzt.

Noch vor ihrem Umzug in das neue Domizil entwickelte die Landeszentrale drei Eigenpublikationsreihen. Zuerst entstand die Reihe „*Internationale Probleme und Perspektiven*“. Sie hat vornehmlich Themen mit einem Bezug zur spezifischen Interessenlage Brandenburgs auf europäischer oder globaler Ebene zum Inhalt. 1993 wurde sie mit „Umbruch in Ungarn. Hintergründe, Kräfte, Resultate“ eröffnet. Das Thema wies auf einen konzeptionellen Schwerpunkt der Reihe hin. Neben grundsätzlichen Themenstellungen der internationalen Politik wie der wachsenden Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen in „NGOs – eine neue Weltmacht?“ (Heft 11) prägten die Länder des früheren Ostblocks mit

ihren historisch und geografisch bedingten engen Beziehungen zu Brandenburg wesentlich die Inhalte der Reihe.

Rasche Anerkennung fand die Reihe „*Brandenburgische historische Hefte*“. Sie machte deutlich, wie sich markante geschichtliche Vorgänge in den Regionen des Landes oder einzelnen Orten vollzogen, wie die Brandenburger historische Ereignisse erlebten und was sie selbst in die Geschichte einbrachten. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Zeiten des Nationalsozialismus, der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Die Reihe wurde 1995 eröffnet mit der Schrift „Evangelische Christen zwischen Anpassung und Opposition“.

Die Broschüren der Reihe „*Protokolle*“ dokumentierten meist wichtige Veranstaltungen der Landeszentrale. Seit 1994, als die Beiträge der Konferenz „Brandenburg – Preußens Erbe?“ die Reihe eröffneten, erschienen die Hefte etwa im Jahresturnus mit einem sehr breiten inhaltlichen Spektrum zu Problemen der Geschichte und aktuellen Politik.

Am Zustandekommen etlicher Publikationen der Landeszentrale hatten ihre Mitarbeiter unmittelbaren aktiven Anteil als Herausgeber, Mitherausgeber, als Verfasser einzelner Kapitel wie bei der „Kleinen Geschichte des Brandenburger Landtages“ (1999) und auch als Autoren kompletter Broschüren. So stammten „Du und dein Bundesland“ (1992) und „Brandenburgs Landesverfassung in Geschichte und Gegenwart“ (1994) aus der Feder von Mitarbeitern der Landeszentrale.

6. Kooperationen mit anderen Institutionen

Mit einer Vielzahl von Institutionen, Einrichtungen und Behörden entwickelten sich schon bald nach der Bildung der Landeszentrale vielfältige Arbeitsbeziehungen. Diese entstanden aus ähnlichen Tätigkeits- und Interessenschwerpunkten und führten zu vielgestaltigen Resultaten, aus denen alle Beteiligten Nutzen zogen.

6.1 Zusammenarbeit mit Universität und Fachschulen

Von der räumlichen Nähe und der intellektuellen Verbundenheit zur Universität profitierte die Landeszentrale in mehrfacher Hinsicht. Und auch die Potsdamer Bildungseinrichtungen gebrauchten die Vorteile, die die nahe Landeszentrale bot. So waren die Beziehungen ein für alle Beteiligten nützlich Geben und Nehmen.

In die Arbeit der Landeszentrale floss vor allem geistiges Potenzial der Universität ein. Potsdamer Wissenschaftler erarbeiteten viele *Publikationen*, die die Landeszentrale herausgab, sie traten als Referenten oder Moderatoren von *Veranstaltungen* in der Landeszentrale auf. Auch bei Entscheidungen in komplizierten Problemlagen war ihr sachkundiger Rat gefragt. Kurze Wege und rasch entstandene kollegiale, sogar freundschaftliche Beziehungen hatten den Vorteil, dass viele Wissenschaftler gern bereit waren, bei Notlagen kurzfristig einzuspringen. Besonders eng gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den Politologen, den Historikern und dem Moses-Mendelssohn-Zentrum.

Doch auch die Universität war Nutznießer des guten Verhältnisses zur Landeszentrale. Ihre Wissenschaftler konnten in deren Veranstaltungen neue Forschungsergebnisse und Publikationen vorstellen. Studenten gehörten bald zu den Personengruppen, die die Veranstaltungen der Landeszentrale häufig besuchten und ihr Literaturangebot gern nutzten. Sofern sich inhaltliche, auch personelle Parallelen zwischen universitärer Forschung und

freien Bildungsträgern herausgebildet hatten, konnte daraus eine *Förderung* entsprechender Projekte erwachsen.

Fast ständig arbeiten in der Landeszentrale *Praktikanten* von Universitäten. Sie lernen Theorie und Praxis der politischen Bildung in den einzelnen Fachbereichen kennen und sind geschätzt als engagierte Helfer bei der Verwirklichung der vielen Ideen, die in der Landeszentrale geboren werden. Meist studieren sie sozialwissenschaftliche Fächer. Sie kommen nicht nur aus Potsdam, sondern auch von anderen deutschen Universitäten. Einen guten Ruf hat die Landeszentrale offenbar an der Universität Konstanz, denn von dort haben sich schon etliche Studenten um einen Praktikantenplatz beworben. Die weiteste Anreise hatte bisher 1994 eine Praktikantin aus Sioux Falls in South Dakota, USA.

Schließlich wirkten Mitarbeiter der Landeszentrale an *Lehrveranstaltungen* mit. So wurden ihre Aufgaben und Wirkungsweise im Rahmen von pädagogischen Seminaren der Universität Potsdam vorgestellt. Und in den 1990er-Jahren übernahm ein Mitarbeiter der Landeszentrale über einige Semester einen Lehrauftrag an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg.

6.2 Landeszentrale und Schulen

Schon bald nach der Gründung der Landeszentrale, vor allem aber nach ihrem Umzug 1996 in das bürgeroffene Gebäude in der Heinrich-Mann-Allee, begannen Schulen in großem Umfang die *Literaturangebote* der politischen Bildung zu nutzen. Neben Studenten gehören Lehrer zu den häufigen Besuchern der Landeszentrale. Sie verwenden die Bücher für die Unterrichtsgestaltung in den Fächern Politische Bildung und Geschichte und bestellen dafür auch Klassensätze. Schüler der oberen Klassen nutzen das Buchangebot der Landeszentrale. Immer häufiger beziehen Lehrer den Besuch von *Ausstellungen* der Landeszentrale in Projektwochen ein. Auch in den *Veranstaltungen* waren und sind Schüler oft zu Gast. Vor allem Veranstaltungen mit Zeitzeugen finden großen Zuspruch. Nicht selten können ganze Klassen begrüßt werden.

Eine neue Phase in der Zusammenarbeit der Landeszentrale mit der Schulbildung war die Beteiligung an der konzeptionellen Ausgestaltung und der Durchführung der *Schülerwettbewerbe* „Spurensuche“ zum 50. Jahrestag des Aufstandes am 17. Juni 1953 und zum 60. Jahrestag des Attentates auf Hitler am 20. Juli 1944. Diese Themen wiesen enge Bezüge zwischen Schulbildung und politischer Bildung auf. Die Schüler sollten der Frage nachgehen, ob in ihrem Ort Bezüge zu diesen Ereignissen zu finden waren und welche Bedeutung diese noch heute haben. Es sollten Dokumentationen entstehen, die möglichst auf Dauer weiter für die Schule oder für die Öffentlichkeit nutzbar blieben. Beide Schülerwettbewerbe fanden rege Resonanz.

6.3 Zusammenwirken mit dem Landtag und mit anderen Ministerien

Vielfältige Formen des Zusammenwirkens entstanden schon frühzeitig sowohl mit dem Landtag als auch mit solchen Ministerien, zu denen zwar keine organisatorischen Beziehungen bestanden, aus deren Zuständigkeiten sich aber Parallelen zu den Aufgaben politischer Bildung ableiteten. So entstanden kooperative Verbindungen auf vielen inhaltlichen Gebieten, die zu einer Fülle fruchtbarer Arbeitsergebnisse führten, von denen jeweils beide Partner profitierten. Dafür seien einige markante Beispiele geschildert.

Die Aufgabe der Landeszentrale, zur Herausbildung und Stabilisierung des Landesbewusstseins durch landeskundliche und landesgeschichtliche Informationen beizutragen, hatten Kooperationsbeziehungen mit dem *Landtag* zur Folge. Gemeinsam gaben Landtag und Landeszentrale die „Kleine Geschichte der Brandenburger Landtages“ heraus; ist doch die Geschichte des Brandenburger Parlaments ein Spiegel der Brandenburgischen Landesgeschichte. Ferner war die Landeszentrale an Veranstaltungen des Landtages zur Seniorenarbeit beteiligt.

Mit dem *Kulturressort* entstand eine regelmäßige Zusammenarbeit im Rahmen der landesweiten Veranstaltungsreihen „Kulturland Brandenburg“ mit ihren jährlich wechselnden thematischen Schwerpunkten. Außerdem förderten Landeszentrale und Kulturministerium gemeinsam Projekte mit inhaltlich übergreifenden Themenstellungen.

Zusammen mit dem *Innenministerium* wurde unter dem Titel „Starke Gemeinden in Brandenburg“ eine Broschüre mit Argumenten, Fakten und Erfahrungen zur Kommunalreform herausgegeben.

Im Bereich des *Sozialministeriums* gab es enge Berührungspunkte vor allem mit der Ausländerbeauftragten u. a. mit gemeinsamen Veranstaltungen und der Publikation „Gleichbehandlung statt Diskriminierung“ in der Reihe „Protokolle“.

Unter dem Titel „Aussiedeln, Ansiedeln“ informierte eine Publikation der Landeszentrale über Russlanddeutsche, die in Brandenburg eine neue Heimat fanden. Diese Broschüre entstand in der *Staatskanzlei*.

Bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des Grundgesetzes, insbesondere der deutschlandweiten Wanderausstellung, die in der Marienkirche Frankfurt/Oder gezeigt wurde, und ihren Begleitveranstaltungen arbeiteten Landeszentrale und *Justizministerium* eng zusammen. Ferner entstand zum 60. Jahrestag der Nürnberger Rassengesetze eine Broschüre.

Über Beispiele gemeinsamer Aktivitäten mit dem *Bildungsministerium* – Buchankäufe und die Schülerwettbewerbe – ist an anderer Stelle berichtet.

7. Zusammenarbeit mit den anderen Zentralen für politische Bildung

7.1 Koordinierungs- und Leiterkonferenzen

Jede Zentrale für politische Bildung gestaltet ihre Tätigkeit, deren Inhalte und Methoden in eigener Kompetenz und Verantwortung gegenüber ihrem Land. Dennoch unterliegen sie alle gleichartigen oder ähnlichen Verpflichtungen. Diese resultieren einerseits aus dem generellen Auftrag an die staatlich verantwortete politische Bildung, Menschen zu politischer Teilhabe zu befähigen und zu motivieren, und andererseits aus der Parallelität gesamtnationaler Entwicklungen mit neu entstehenden Schwerpunkten, auf die alle Landeszentralen zu reagieren haben. Nicht zuletzt sind es auch wichtige Jahrestage, die für alle Anlass zu politischer Auseinandersetzung sind. Ähnlich ist auch die Entwicklung der Finanzausstattung. Und schließlich wenden sich Landeszentralen bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten ihrer Regionen zu, die sie in ganz besonderem Maße betreffen. Dies trifft z. B. auf die ostdeutschen Landeszentralen zu.

Die Koordinierungs- und Leiterkonferenzen der Landeszentralen sind wichtige Arbeitstagungen. Es werden gemeinsame Aktivitäten und Projekte verabredet und durchgeführt. Ein markantes Beispiel dafür ist die von den Leitern 1999 beschlossene Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Politische Bildung online“. Jede Konferenz ist mit einem ausgewählten Sachthema verbunden, das einen besonderen Bezug zur gastgebenden Landeszentrale aufweist und zugleich eine intellektuelle Anregung für alle darstellt. Bei der Konferenz in Potsdam 1998 war es „Geschichtsbewusstsein in Ostdeutschland“. Namhafte Wissenschaftler der Universität Potsdam referierten dazu.

7.2. Fachkonferenzen

Wichtige Anregungen gehen von Fachkonferenzen bestimmter Disziplinen der Zentralen für politische Bildung aus. Auf die längste Tradition können die *Fachkonferenzen* „*Publikationen*“ zurückblicken. Als 1991/1992 die Landeszentralen der neuen Länder hinzukamen, konnten auch sie von der etablierten Form des Meinungsaustauschs und der Koordination profitieren, brachten aber bald eigene Gedanken und Initiativen ein. Die Landeszentrale war inzwischen dreimal Gastgeber dieser Konferenzen.

Auf den Fachkonferenzen „Publikationen“ berichten die Publikationsreferenten über die Erfahrungen mit ihrem Medium. Sie benennen Probleme, die nicht selten länderübergreifenden Charakter haben, und beraten über ihre Erfahrungen bei der Problemlösung. Dauerthemen sind der Umgang mit den permanenten Mittelschrumpfung, von denen die meisten Landeszentralen betroffen sind, und seit einigen Jahren auch die Erhebung von Gebühren unter den jeweiligen Landesbedingungen.

Im Mittelpunkt dieser Fachkonferenzen steht der Meinungsaustausch über die Entwicklung auf dem Buchmarkt und über einzelne Publikationen. Von der Konferenz gehen Impulse für die Entstehung von Büchern aus, deren Themen für die politische Bildung von besonderer Bedeutung sind. Den Autoren werden Hinweise gegeben, um die Anliegen politischer Bildung zu sichern. Typisch dafür war der Grundgesetz-Kommentar von Hesselberger, der zum Standard-Angebot nahezu aller Landeszentralen gehörte, wie auch heute nach dem Tod des Autors der „Bürgerkommentar zum Grundgesetz“. Die auf der Konferenz vereinbarten gemeinsamen Buchankäufe führen zu erheblichen Mengenrabatten, die Mittel für zusätzliche Beschaffungen freisetzen.

Schließlich stellen die Zentralen allgemein interessierende Eigenpublikationen vor, um die Kollegen für Mitdrucke zu interessieren. Häufig sind dies Bücher der Bundeszentrale, auch Publikationen finanzstarker Zentralen wie der Bayerischen.

Wie bei der „Kleinen Geschichte der DDR“ darf auch bei den Mitdrucken Brandenburg für sich in Anspruch nehmen, einen der erfolgreichsten Titel eingebracht zu haben. Die von der Landeszentrale herausgegebene Broschüre „Jüdische Kultur und Geschichte“ von Ortag wurde von fast allen Zentralen mitgedruckt und findet nach mehreren Auflagen immer wieder das Interesse der Kollegen.

Seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es eine weitere gewichtige Fachkonferenz, die mit der Entwicklung der neuen Medien kontinuierlich an Bedeutung gewann. 1999 beschlossen die Leiter der Zentralen die Bildung der Bundesarbeitsgemeinschaft „*Politische Bildung online*“. Auf deren Jahrestagungen werten die Spezialisten der Zentralen ihre einschlägigen Erfahrungen aus, empfangen und geben Impulse. Neben den Jahrestagungen finden Workshops zu speziellen Themen statt. Ein solches Thema war beispielsweise „e-learning“ mit den Schwerpunkten Globalisierung und Kommunalpolitik, ein anderes behandelte

Urheberrechte. Aus dieser Kooperation der Zentralen entstand als Gemeinschaftsleistung die homepage „politische-bildung.de“, ein kontinuierlich ausgebautes Informationsportal, von dem aus die Angebote der Landeszentralen und der Bundeszentrale erreichbar sind.

7.3 Gemeinsame Publikationen der Zentralen für politische Bildung

Zu einem „Markenzeichen“ der Fachkonferenz Publikationen sind die von den Zentralen in gemeinsamer Initiative erarbeiteten und von einzelnen Publikationsreferenten herausgegebenen gemeinsamen Publikationen. Sie behandeln bestimmte inhaltliche Schwerpunktthemen, die nach einer übergreifenden Abhandlung unter der Spezifik jedes einzelnen Bundeslandes dargestellt sind. Der größte Teil der landesspezifischen Aufsätze stammt aus der Feder des Publikationsreferenten aus dem jeweiligen Land.

Seit dem Jahr 2000 entstanden inzwischen vier solcher Gemeinschaftspublikationen. Auf „Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft“ folgten „Kommunalpolitik in den deutschen Ländern“, „Direkte Demokratie in den deutschen Ländern“ und schließlich „Geschichte der deutschen Länder“, letztere von den Publikationsreferenten der Länder Brandenburg und Sachsen herausgegeben.

Dieser Beitrag sollte einen Einblick in die ersten zehn Jahre der Arbeit der Landeszentrale geben. In den 2000er Jahren wurde das Konzept der Landeszentrale weiterentwickelt. Sich schnell verändernde Bedingungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik verlangten nach neuen Formaten und neuen Kommunikationsformen in der politischen Bildung. Auf diese Herausforderungen antwortete die Landeszentrale u.a. mit dem Ausbau des Internetangebotes. Gleichzeitig wurden immer mehr aktuelle, informative und auf den Dialog mit dem Publikum orientierte Veranstaltungen organisiert, die großen theoretischen Konferenzen spielten eine immer geringere Rolle. Beratung, Zusammenarbeit und Förderung der freien Träger der politischen Bildung rückte immer mehr in den Vordergrund. Die Idee dahinter: Im Flächenland Brandenburg gelingt es den freien Trägern vor Ort besser, auf die Bedürfnisse und Interessen der Menschen und die gesellschaftlichen Anforderungen einzugehen. So werden Partizipation und gesellschaftliches Engagement organisiert. Hierzu wird später zu berichten sein.

Dr. Werner Künzel, Mai 2011